

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 14

DIENSTAG, DEN 18. FEBRUAR

2025

Inhalt:

	Seite		Seite
Sitzung der Bürgerschaft	321	Beitragsordnung der Studierendenschaft der Hafen- City Universität Hamburg (HCU)	325
Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rah- men des Projektfonds Medien und Bildung Ham- burg	321	Erste Änderung der Grundordnung der Technischen Universität Hamburg vom 27. Oktober 2017	326
Bekanntgabe der Feststellung hinsichtlich einer UVP-Pflicht gemäß § 5 Absatz 2 UVPG	324	Zwölfte Änderungssatzung zur Satzung über das Stu- dium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024	327
Beabsichtigung einer Veränderung der Benutzbar- keit von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Ber- ner Heerweg (Busbrookbrücke) –	324	Neubekanntmachung der Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013 (Amtl. Anz. Nr. 32 vom 23. April 2013 S. 644), zuletzt geändert am 31. Juli 2024 und 25. September 2024	328
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Tonndorfer Hauptstraße – . . .	325		
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Wilsonstraße –	325		
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Spitzbergenweg –	325		

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzung der Bürgerschaft

Die nächste Sitzung der Bürgerschaft findet am
Mittwoch, dem 26. Februar 2025, um 13.30 Uhr statt.

Hamburg, den 18. Februar 2025

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 321

Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Projektfonds Medien und Bildung Hamburg

Vom 1. Februar 2025

1. Rechtsgrundlage, Zweck

1.1 Rechtsgrundlage

Der Projektfonds Medien und Bildung Hamburg wird auf Initiative der Hamburgischen Bürgerschaft (Drs. 21/15381 und Drs. 22/4430) von der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) aufgelegt.

Die Förderung erfolgt als Zuwendung im Sinne des § 46 der Landeshaushaltsordnung und der dazu erlassenen Verwaltungsvorschriften nach Maßgabe dieser Richtlinie. Ein Anspruch der oder des Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht; vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde auf Grund pflichtgemäßen Ermessens.

1.2 Zweck

Das Ziel ist die Förderung von Projekten, die im Bereich der Förderung digitaler Kompetenzen, Medienkompetenz und Medienbildung angesiedelt sind. Hierdurch soll allen in Hamburg lebenden Kindern, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und deren Eltern ihr Recht auf Teilhabe an allen Bereichen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens – unabhängig von ihrer sozialen und ökonomischen Situation und ihrem Aufenthaltsrechtlichen Status – ermöglicht werden.

Die Ziele des Fonds Medien und Bildung sind an den Kompetenzbereichen der Strategie der Kultusministerkonferenz „Bildung in der digitalen Welt“ angelehnt und sollen zu einer besseren Einbindung dieser Strategie in Hamburg führen. Weitere definierte Ziele

sind unter anderem die Stärkung der Mündigkeit in der von Digitalisierung geprägten Welt sowie die Förderung des Verständnisses der digitalen Transformationsprozesse, die Fokussierung der individuellen Entfaltung und die Entwicklung der 4Ks (Kreativität, Kollaboration, Kritikfähigkeit, Kommunikation), die alle in den sechs Kompetenzbereichen der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ operationalisiert sind.

2. Zuwendungsempfangende

Im Rahmen dieser Förderrichtlinie können die Zuwendung insbesondere nachfolgend genannte Personen/Projekte/Einrichtungen erhalten:

- Hamburger Institutionen und Initiativen (bspw. auch aus der Erwachsenenbildung),
- freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe,
- natürliche Personen.

Kooperationsprojekte mit Hamburger staatlichen und privaten Schulen sind ausdrücklich erwünscht, müssen aber als solche kenntlich gemacht werden. Im Rahmen solcher schulischen Kooperationen muss der Antrag vom nichtschulischen Kooperationspartner gestellt werden.

3. Gegenstand der Förderung

3.1 Förderkriterien

Gefördert werden Projekte, von denen ein Impuls für eine nachhaltige Entwicklung im Bereich der Förderung digitaler Kompetenzen, Medienkompetenz und Medienbildung ausgeht. Die großen Projekte sollen strukturbildende Wirkung entfalten und öffentliche Wahrnehmung erzeugen. Bei der Auswahl der Projekte sollen neben neuen, innovativen Ideen mit rund einem Drittel der Fondsmittel auch erfolgreiche bestehende Maßnahmen berücksichtigt werden können.

Die Projekte sollen folgende Qualitätskriterien erfüllen:

- Die Projekte ermöglichen konkrete Erlebnisse und Erfahrungen mit digitalen Kompetenzen, Medienkompetenz und Medienbildung und begreifen die Teilnehmenden im Projektverlauf als aktiv Mitgestaltende.
- Die Projekte sollen wirkungsorientierte Ziele definieren und aufweisen.
- Die Projekte thematisieren ein relevantes Thema mit Bezug zum Kompetenzmodell der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz.
- Die Projekte sprechen eine klar definierte Zielgruppe an und ist stimmig auf diese hin angelegt (z.B. Relevanz, Lebensweltbezug, Bedürfnisse, Partizipation auf Augenhöhe).
- Die Projekte sind auf Nachhaltigkeit angelegt/verfolgt Ansätze für nachhaltiges Wirken (z. B. Multiplikator*inneneffekte, Kontinuität der Arbeit, Transferierbarkeit).
- Die Projekte werden von qualifizierten Fachkräften umgesetzt (z. B. Kompetenzen im Projektmanagement, methodisch-didaktische Kompetenzen, Qualitätsmanagement).
- Den Projekten ist eine Problemanalyse und Sichtung der Angebotssituation vorausgegangen (wissenschaftliche Erkenntnisse, Sichtung der Angebote/des „Markts“, möglicherweise Alleinstel-

lungsmerkmal, Vernetzung & Kooperation anstelle von Parallelstrukturen).

- Gefördert werden Projekte aller medialen Sparten sowie spartenübergreifende, interdisziplinäre sowie themenorientierte Vorhaben. Besondere Berücksichtigung finden innovative und spartenübergreifende Ansätze.
- Die Projekte fördern die Teilhabe im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sowie der UN-Kinderrechtskonvention.
- Die Projekte sollten geeignete Präsentations- und Dokumentationsformen einschließen und Impulse für ein breiteres Publikum geben. Die Projekte sollen öffentlich präsentiert und sowohl beim Zentrum für Schul- und Jugendinformation (ZSJ) unter www.zsj.hamburg.de als auch beim Mediennetz Hamburg e.V. (www.mediennetz-hamburg.de) dokumentiert werden.

3.2 Förderzeitraum

Die Laufzeit der Projekte soll in der Regel 12 Monate betragen. Die Projektförderung kann auf 24 Monate ausgeweitet und begründet mehrfach wiederholt werden. Über Ausweitung und/oder Wiederholung entscheidet die Jury.

3.3 Zuwendungsvoraussetzungen

Zuwendungen dürfen nur für solche Maßnahmen bewilligt werden, die noch nicht begonnen worden sind. Dies gilt nicht für die Fortsetzung oder Wiederholung jährlich wiederkehrender Vorhaben, die im Vorjahr gefördert worden sind und für die eine Änderung der Fördervoraussetzungen nicht eingetreten ist. Über eine Wiederholung entscheidet die Jury.

3.4 Ausschließende Bedingungen

Ausgeschlossen von der Förderung sind jedenfalls:

- Projekte, die Schulen im Rahmen ihrer Regelaufgaben vollständig erfüllen können (z. B. Regelunterricht),
- Projekte, bei denen die beantragten Fördermittel zur Kompensation anderer Förderprogramme dienen sollen,
- gewinnorientierte Projekte,
- unvollständig oder verspätet beantragte Projekte.

4. Art und Umfang, Höhe der Zuwendung

Die Zuwendungen werden im Wege der Projektförderung zur Deckung zuwendungsfähiger Ausgaben als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt. Die Förderung wird regelmäßig als Teilfinanzierung in Höhe von bis zu 85 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben in Form einer Festbetragsfinanzierung gewährt.

Bei der Antragstellung ist glaubhaft zu machen, dass die Gesamtfinanzierung des Projekts zuverlässig kalkuliert ist und neben den Zuschüssen ein Eigenanteil in Höhe von mindestens 15 Prozent der Gesamtkosten für das Projekt erbracht werden kann.

Eine Teilfinanzierung von Projekten, deren Gesamtfinanzierung nicht gesichert ist, ist unzulässig.

4.1 Höhe der Zuwendung

Die jährliche Förderung soll in der Regel 1000,- Euro nicht unter- und 30 000,- Euro nicht überschreiten.

Bei zweijähriger Laufzeit kann ein Förderbetrag von maximal 60 000,- Euro über die gesamte Laufzeit bewilligt werden – abhängig von dem für die einzelnen Projektjahre aufgestellten Finanzierungsplan.

4.2 Bemessungsgrundlage

Zuwendungsfähig sind nur die den Zuwendungsempfängenden tatsächlich entstehenden, zur Durchführung des Projekts notwendigen Aufwendungen (zuwendungsfähige Ausgaben). Die Finanzierungsbeilegung durch Dritte, insbesondere Stiftungen oder andere Förderer, ist im Finanzierungsplan darzustellen.

Zuwendungsfähig können sein:

- Personalkosten, z.B. auch von festangestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Höhe des für das Projekt aufgewendeten Zeitanteils.
- Honorarkosten, z.B. für die Projektleitung, die Durchführung von Workshops, die Dokumentation, die Öffentlichkeitsarbeit, die Buchhaltung, die Vor- und Nachbereitung, Auf- und Abbau usw. In Anlehnung an die Honorarrichtlinie der Freien und Hansestadt Hamburg soll der Stundensatz für medienpädagogisch tätige Personen 65,- Euro nicht überschreiten.

Die Abrechnung auf Basis von Werkaufträgen ist zulässig.

- Sachkosten, z.B. für Raummiete, Materialien, Technik.

Für Catering und Verpflegung sollen in Anlehnung an die Bewirtschaftsrichtlinie der BSB die Kosten für einen Imbiss um die 5,- Euro und für eine Mahlzeit um die 15,- Euro kalkuliert werden.

Näheres wird über den Zuwendungsbescheid geregelt. Alle Kostenansätze und Finanzierungspläne werden auf ihre Richtigkeit überprüft. Pauschalbeträge werden nur in zu begründenden Ausnahmefällen anerkannt (z. B. für die Erstellung der Dokumentation, für einen Film über das Projekt usw.).

5. Verfahren

Die Auswahl der zu fördernden Projekte erfolgt im Rahmen eines ergebnisoffenen, wettbewerblichen Bewertungsverfahrens zweistufig gemäß den Bestimmungen dieser Förderrichtlinie und besteht aus einem Interessenbekundungs- und einem Antragsverfahren.

Ansprechpartner für das Verfahren ist das Zentrum für Schul- und Jugendinformation (ZSJ):

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung
Zentrum für Schul- und Jugendinformation (ZSJ)
medienbildungsfonds@bsb.hamburg.de

Das ZSJ ist verantwortlich für die Beratung der Antragstellenden, die Öffentlichkeitsarbeit, die Organisation der Juryarbeit (siehe Nummer 6) sowie die Durchführung des Auswahlverfahrens.

5.1 Interessenbekundung durch Ideenwettbewerb

Im Rahmen eines durch die Bewilligungsbehörde durchgeführten Interessenbekundungsverfahrens können antragsberechtigte Organisationen initiale Projektskizzen zu den vom ZSJ veröffentlichten Ausschreibungsterminen einreichen. Diese werden von der Jury anhand der unter Nummer 3 genannten Kriterien bewertet.

Aus der Vorlage einer Projektskizze kann kein Anspruch auf eine Förderung abgeleitet werden. Die Organisationen mit besonders vielversprechenden Projektideen werden anschließend zur Einreichung eines detaillierten Projektantrags aufgefordert.

Im Rahmen dieses Verfahrens kann die Jury eine abweichende (in der Regel niedrigere) Förderhöhe in Aussicht stellen. Im Rahmen des Antragsverfahrens ist dann eine entsprechende Anpassung der Finanzierung und Realisierung darzustellen.

5.2 Antragsverfahren

Nachdem die Jury über die Auswahl der Projekte entschieden hat, muss ein formaler Antrag spätestens vier Wochen vor Maßnahmenbeginn bei der Behörde für Schule und Berufsbildung – Sachgebiet Zuwendungen – V 38-6 –, Hamburger Straße 125a, 22083 Hamburg, eingereicht werden.

Der Antrag ist unter Verwendung der von der Behörde zur Verfügung gestellten Formulare und einschließlich der darin geforderten Unterlagen zu stellen und von der antragstellenden Organisation rechtsverbindlich zu unterzeichnen.

5.3 Bewilligung

Die Zuwendung wird jeweils für eine Maßnahme gewährt. Eine Bewilligung von Zuwendungsmitteln erfolgt nur, wenn die fachlichen Kriterien erfüllt sind. Die Bewilligung erfolgt ausschließlich durch einen schriftlichen Zuwendungsbescheid. Der Zuwendungsbescheid kann weitere Bedingungen oder Auflagen enthalten.

5.4 Auszahlung

Die Zuschüsse werden nach Bestandskraft des Bescheides in Teilbeträgen auf Anforderung gezahlt.

5.5 Nachweis der Verwendung

5.5.1 Verwendungsnachweis

Die Verwendung der Zuwendung ist innerhalb von sechs Monaten nach Erfüllung des Zuwendungszwecks, spätestens jedoch mit Ablauf des sechsten aus dem Bewilligungszeitraum folgenden Monats, der Bewilligungsbehörde nachzuweisen, soweit im Zuwendungsbescheid keine abweichenden Fristen bestimmt sind.

Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis sowie den ggf. im Zuwendungsbescheid genannten weiteren Unterlagen.

5.5.2 Zwischennachweis

Ist der Zuwendungszweck nicht bis zum Ablauf des Haushaltsjahres erfüllt, ist innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres über die in diesem Jahr erhaltenen Beträge ein Zwischennachweis zu führen und der Bewilligungsbehörde zu übermitteln, sofern der Bewilligungszeitraum insgesamt 18 Monate übersteigt (mehrjährige Zuwendung).

Dieser besteht aus dem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis, in dem Einnahmen und Ausgaben entsprechend der Gliederung des Finanzierungsplans summarisch auszuweisen sind sowie den ggf. im Zuwendungsbescheid genannten weiteren Anforderungen.

5.5.3 Prüfung des zahlenmäßigen Nachweises

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist berechtigt, vor Ort die Bücher und Unterlagen des Trägers, soweit diese das geforderte Projekt betreffen, einzusehen. Die Einnahmen und Ausgaben pro Zuwendung sind auf gesonderten Kostenstellen zu buchen.

5.5.4 Nicht verbrauchte Zuschüsse

Die Bewilligung eines Festbetrags setzt voraus, dass die zuwendungsfähigen Gesamtausgaben die Höhe

des nach den tatsächlichen Verhältnissen zustehenden Bewilligungsbetrags mindestens erreichen. Falls dies nicht der Fall ist, muss die Zuschusshöhe auf die niedrigeren Gesamtausgaben begrenzt werden.

6. **Jury, Beirat, Evaluation**

Die Jury wird von der BSB berufen. Sollte eines der Mitglieder ausscheiden, erfolgt eine neue Berufung durch die BSB.

Den Vorsitz der Jury übernimmt ein Vertreter der BSB. Um Entscheidungsfähigkeit sicherzustellen, erhält der Vorsitz eine Doppelstimme. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Jury.

Die BSB beruft gemeinsam mit dem Mediennetz e.V. einen Beirat, welcher dem fachlichen Austausch dient und der Jury beratend zur Seite steht. Zusammensetzung und Arbeitsweise wird über eine Geschäftsordnung geregelt. Diese wird von der BSB eingesetzt.

Der Projektfonds wird in Kooperation mit dem Mediennetz e.V. evaluiert.

7. **Zu beachtende Vorschriften**

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P), soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

8. **Inkrafttreten, Geltungszeitraum**

Diese Richtlinie tritt zum 1. Februar 2025 in Kraft. Sie ersetzt die Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen im Rahmen des Projektfonds Medien und Bildung Hamburg vom 4. März 2022 und gilt bis zum 31. Dezember 2026.

Hamburg, den 10. Februar 2025

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Amtl. Anz. S. 321

Bekanntgabe der Feststellung hinsichtlich einer UVP-Pflicht gemäß § 5 Absatz 2 UVPG

Die Bundesbauabteilung des Amtes für Bauordnung und Hochbau, Nagelsweg 47, 20097 Hamburg, hat im Auftrag des Bundeswehr-Dienstleistungszentrums Hamburg, Osdorfer Landstraße 365, 22589 Hamburg, am 17. Oktober 2024, umfassend ergänzt am 30. Oktober 2024, 7. Januar 2025 und 21. Januar 2025, bei der Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft, Amt Immissionsschutz und Abfallwirtschaft, Abteilung Betrieblicher Umweltschutz, für das Heizkraftwerk des Bundeswehrkrankenhaus Hamburg eine Genehmigung nach § 16 Absatz 1 in Verbindung mit § 19 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für die wesentliche Änderung einer Anlage zur Erzeugung von Strom, Dampf, Warmwasser, Prozesswärme oder erhitztem Abgas durch den Einsatz von Brennstoffen (hier: Erdgas) in einer Verbrennungseinrichtung einschließlich zugehöriger Dampfkessel mit einer Feuerungswärmeleistung von 1 MW bis weniger als 20 MW, bei Verbrennungsmotoranlagen oder Gasturbinenanlagen (Anlage nach Nummer 1.2.3.2 des Anhangs 1 der 4. BImSchV) auf dem Betriebsgrundstück Lesserstraße 180, 22049 Hamburg, beantragt.

Gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wurde auf Grundlage der Angaben des Vorhabenträgers sowie eigener Informationen geprüft, ob nach den §§ 6 bis 14 UVPG für das Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles nach § 9 UVPG in Verbindung mit §§ 7 und 5 UVPG hat in der ersten Stufe kein abschließendes Ergebnis hinsichtlich der UVP-Pflicht erbracht, da für zwei Schutzkriterien besondere örtliche Gegebenheiten festgestellt wurden. Daher wurde in der zweiten Stufe weitergehend geprüft, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen im Sinne von Anlage 3 UVPG auf diese haben kann. Diese Prüfung ergab, dass keine solchen Auswirkungen zu erwarten sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch das geplante Vorhaben keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die in § 2 Absatz 1 UVPG genannten Schutzgüter zu erwarten sind.

Die wesentlichen Gründe für diese Entscheidung sind im UVP-Portal unter www.uvp-verbund.de/hh dargelegt.

Hamburg, den 18. Februar 2024

**Die Behörde für Umwelt, Klima, Energie
und Agrarwirtschaft**

– Immissionsschutz und Abfallwirtschaft –

Amtl. Anz. S. 324

Beabsichtigung einer Veränderung der Benutzbarkeit von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Berner Heerweg (Busbrookbrücke) –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die Widmung für die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Farmsen, Ortsteil 514, belegene Wegefläche Busbrookbrücke (Flurstück 271 teilweise), zwischen Berner Heerweg und Alte Berner Straße verlaufend, mit sofortiger Wirkung auch auf den öffentlichen Radfahrverkehr erweitert.

Der räumliche Geltungsbereich der Veränderung der Benutzbarkeit ergibt sich aus dem Lageplan (orange markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Managements des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 16. Januar 2025

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 324

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Tonndorfer Hauptstraße –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Tonndorf, Ortsteil 513, belegenen Verbreiterungsflächen Tonndorfer Hauptstraße (Flurstücke 3889 teilweise und 3891 [heute beide 3893 teilweise] sowie 3885, 3875 und 3877), Haus Nummer 69 gegenüberliegend sowie von Haus Nummer 112 bis einschließlich der Einmündung Wilsonstraße verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteile dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Managements des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 22. Januar 2025

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 325

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Wilsonstraße –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkungen Tonndorf und Jenfeld, Ortsteile 512 und 513, belegenen Verbreiterungsflächen Wilsonstraße (Flurstücke 3890 [heute 3894 teilweise], 3289 [6 m²] und 3299 [13 m²]), vor Haus Nummer 47 verlaufend und Ecke Tonndorfer Hauptstraße liegend, mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteile dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Managements des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 22. Januar 2025

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 325

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen im Bezirk Wandsbek – Spitzbergenweg –

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Meiendorf, Ortsteil 526, belegene Wegefläche Spitzbergenweg (Flurstück 6221 teilweise), von Nordlandweg bis Meiendorfer Straße verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem allgemeinen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteile dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 214, 22041 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Managements des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 23. Januar 2025

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 325

Beitragsordnung der Studierendenschaft der HafenCity Universität Hamburg (HCU)

Das Präsidium der HafenCity Universität Hamburg hat am 4. Februar 2025 gemäß § 104 Absatz 2 Satz 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. September 2024 (HmbGVBl. S. 480), die vom Studierendenparlament am 20. November 2024 erlassene Beitragsordnung in der nachstehenden Fassung genehmigt.

§ 1

Beitragspflicht

(1) Die Studierendenschaft der HafenCity Universität Hamburg erhebt zur Erfüllung ihrer Aufgaben in jedem Semester von allen eingeschriebenen Studierenden einen Beitrag gemäß § 104 des Hamburgischen Hochschulgesetzes. Dazu gehören insbesondere auch Mittel zur Finanzierung eines Beförderungsvertrages, aus dem der Gesamtheit der Studierenden der HafenCity Universität Hamburg ein wirtschaftlicher Vorteil erwächst.

(2) Beitragspflichtig sind auch beurlaubte Studierende.

(3) Von der Beitragspflicht sind Studierende befreit, die nach Ablauf des jeweiligen Semesters rückwirkend immatrikuliert werden.

§ 2

Fälligkeit und Entrichtung des Beitrages

(1) Der Beitrag wird jeweils bei der Einschreibung, Rückmeldung oder Beurlaubung fällig.

(2) Der Beitrag ist an die für die HCU zuständige Kasse zu entrichten. Diese weist den für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung zu entrichtenden Beitragsanteil dem Allgemeinen Studierendenausschuss (AStA), den Beitragsanteil für das Semesterticket dem Hamburger Verkehrsverbund (HVV) und den Beitragsanteil des Semesterticket-Härtefonds einem Sonderkonto des Studierendenwerks zu.

§ 3

Beitragshöhe

Im Wintersemester 2025/2026 beträgt der Beitrag 229,00 Euro pro Semester. Dieser Beitrag setzt sich aus drei Teilbeträgen zusammen, die wie folgt zu verwenden sind:

1. 20,20 Euro für die Zwecke der studentischen Selbstverwaltung,
2. 208,80 Euro für das Semesterticket,
3. 0,00 Euro für den Härtefonds.

§ 4

Härtefonds

Auf Antrag kann der auf das Semesterticket entfallende Beitragsanteil aus dem Härtefonds in den Fällen zurückerstattet werden, in denen die Vorteile des Semestertickets aus gesundheitlichen, räumlichen oder sozialen Gründen nicht in Anspruch genommen werden können. Die näheren Einzelheiten regeln die Richtlinien der Studierendenschaft der HCU für den Semesterticket-Härtefonds in der jeweils gültigen Fassung.

§ 5

Aufsicht

Die Aufsicht über die Verwendung der Beiträge haben die satzungsgemäßen Organe der Studierendenschaft gemäß der Wirtschaftsordnung der Studierendenschaft der HCU Hamburg in der jeweils gültigen Fassung.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Beitragsordnung tritt einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger der Stadt Hamburg in Kraft.

Hamburg, den 4. Februar 2025

HafenCity Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 325

Erste Änderung der Grundordnung der Technischen Universität Hamburg vom 27. Oktober 2017

Vom 26. Oktober 2022

Auf Grund von 84 Absatz 1 Nummer 3 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001

(HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 17. Juni 2021 (HmbGVBl. S. 468), hat der Hochschulrat der Technischen Universität Hamburg am 31. Januar 2023 die am 26. Oktober 2022 vom Akademischen Senat der Technischen Universität Hamburg gemäß § 85 Absatz 1 Nummer 1 HmbHG beschlossene Änderung der Grundordnung der Technischen Universität Hamburg vom 27. Oktober 2017 (Amtl. Anz. S. 1474), genehmigt:

I

Die Grundordnung der Technischen Universität Hamburg vom 27. Oktober 2017 wird wie folgt geändert:

1. § 12 wird wie folgt geändert:

- a) In § 12 Absatz 3 Nummer 4 wird das Wort „Forschungskompetenzfelder“ durch das Wort „Forschungsfelder“ ersetzt.
- b) In § 12 Absatz 3 Nummer 4 wird folgender Satz angefügt: „Der AsPF wählt zudem die Koordinatorinnen und Koordinatoren der Forschungsfelder sowie die Koordinatorin oder Koordinator des Methodenbereichs „Methods of Research in Science and Engineering“ und entscheidet über die Einsetzung von Forschungsinitiativen.“

2. § 13 Satz 1 erhält folgende Fassung:

„Die TUHH gliedert sich unterhalb der zentralen Ebene in Institute, Arbeitsgruppen, Studiendekanate und Studienbereiche sowie in Forschungsfelder und Forschungsschwerpunkte.“

3. § 16 erhält folgende Fassung:

„Forschungsfelder und Forschungsschwerpunkte

(1) Forschungsfelder und Forschungsschwerpunkte (FSP) dienen der Förderung der Forschung, besonders der fachübergreifenden Forschung; sie sollen auf längerfristige Forschungsvorhaben ausgerichtet werden.

(2) Ein Forschungsfeld setzt sich aus den Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern zusammen, die sich dem Forschungsfeld zugeordnet haben; Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer können sich einem oder mehreren Forschungsfeldern zuordnen. Die Forschungsfelder werden alle drei Jahre durch den ASPF analysiert und gegebenenfalls angepasst. Forschungsfelder werden durch einen vom ASPF gewählten Koordinator oder eine Koordinatorin vertreten.

(3) Ein Forschungsschwerpunkt hat mehrere Mitglieder, die aus der Gruppe der Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer stammen. Sie tragen dafür Sorge, dass ihre Mitglieder, ihre wissenschaftlichen Einrichtungen und ihre Betriebseinheiten die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können. Sie nutzen dazu unter anderem wissenschaftliche Großgeräte, deren Beantragung und Betrieb zu ihren Aufgaben gehört. Sie können beim Präsidium weitere Ressourcen zur Verfolgung ihrer Forschungsziele beantragen. Forschungsschwerpunkte werden zunächst für eine Dauer von drei Jahren eingerichtet. Über eine Verlängerung wird gegebenenfalls nach Evaluation durch Beschluss des Akademischen Senats entschieden.

(4) Die Forschungsschwerpunkte wirken mit bei Berufungs-, Habilitations- und Promotionsverfahren.

(5) Die Mitglieder des Forschungsschwerpunkts schlagen dem Akademischen Senat aus ihrer Mitte eine Sprecherin oder einen Sprecher zur Wahl vor. Die Sprecherin oder der Sprecher des Forschungsschwerpunktes ist für die inhaltliche und organisatorische Arbeit verantwort-

lich und lädt die Mitglieder des Forschungsschwerpunkts zu regelmäßigen Sitzungen ein.

(6) Das Nähere regelt die TUHH durch Satzung.“

II

Die Änderungen treten am Tag nach der Bekanntmachung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 26. Oktober 2022

Technische Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 326

Zwölfte Änderungssatzung zur Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024

Vom 31. Juli 2024 und 25. September 2024

Präambel

Das Präsidium der Technischen Universität Hamburg (TU Hamburg) hat am 27. September 2024 die vom Akademischen Senat der TU Hamburg am 25. September 2024 auf Grund von § 85 Absatz 1 Nummer 1 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171) in der Fassung vom 11. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 243) und vom Studiendekanatsausschuss Maschinenbau am 31. Juli 2024 auf Grund von §§ 36 Absatz 7, 39

Absatz 1 i. V. m. § 12 Absatz 3 der Grundordnung der Technischen Universität Hamburg vom 27. Oktober 2017 (Amtl. Anz. S. 1474) und § 85 Absatz 1 Satz 1 HmbHG beschlossene Zwölfte Änderungssatzung zur Satzung über das Studium an der TU Hamburg vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, gemäß § 108 Absatz 1 Satz 3 HmbHG genehmigt.

Artikel 1

Die Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, wird wie folgt geändert:

§ 36 wird aufgehoben.

Artikel 2

Anhang 1 zur Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, wird wie folgt geändert:

1. Unter der Überschrift „Für die Studiengänge zu erbringende Nachweise“ wird die Tabelle unter der Unterüberschrift „C2: Studiengänge, die zu dem Abschluss „Master of Science“ führen“ wie folgt geändert: Die Zeile zu dem Studiengang „Materialwissenschaften“ wird aufgehoben.
2. Unter der Überschrift „Für die Studiengänge zu erbringende Nachweise“ wird der Tabelle unter der Unterüberschrift „C3: International ausgerichtete Master-Studiengänge“ die folgende Zeile hinzugefügt; die Nummerierung der nachfolgenden Zeilen wird entsprechend der Einfügung angepasst fortgeführt:

lfd. Nr.	Studiengang	Zu erwerbender Abschluss	Sprachnachweis Deutsch gemäß A	Sprachnachweis Englisch gemäß B1	Sprachnachweis anteilig Englisch gemäß B2
6	Materials Science and Engineering	Master of Science		X	

Artikel 3

Anhang 2 zur Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, wird wie folgt geändert:

1. Unter dem Titel „Deutschsprachige Master-Studiengänge“ wird das Wort „Materialwissenschaften“ gestrichen.
2. Unter dem Titel „Englischsprachige Master-Studiengänge“ werden hinter den Wörtern „Joint Master in Global Technology and Innovation Management and Entrepreneurship“ die Wörter „Materials Science and Engineering“ eingefügt.
3. Der Anhang 2 „Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium im Studiengang Materialwissenschaften“ wird aufgehoben.
4. Der Anhang 2 2.2.8 „Fachspezifische Anforderungen für den Master-Studiengang Materials Science and Engineering“ wird neu aufgenommen und erhält folgende Fassung:

„Specific Requirements for the International Master Program „Materials Science and Engineering“

Admission requires a recognized bachelor's degree or equivalent university degree in a course of study of at least 6 semesters, which must be a fundamental engineering science course or a natural science course. Basic education in materials science is additionally required.

Sufficient knowledge of the fundamental science and engineering subjects of physics, chemistry and mathematics, materials science, fundamentals of engineering (mechanics, thermodynamics, electrical engineering), and programming is required as a prerequisite. In the aforementioned subjects, the total credits of the bachelor's program amount to 100 ECTS for European courses. For applicants from other countries, those same subjects must cover at least 50% of the subject-specific curriculum in their bachelor course.

The institution issuing the bachelor's degree must be an internationally recognized academic institution. The national and international academic rankings of the institution and the student's academic performance will enter the decision on admissibility.“

Artikel 4

(1) Artikel 1 und Artikel 2 dieser Zwölften Änderungssatzung zur Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, wurden ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Akademischen Senats der Technischen Universität Hamburg nach §§ 36 Absatz 7, 39 Absatz 1 und § 85 Absatz 1 Satz 1 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171) in der Fassung vom 11. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 243) am 25. September 2024 und der Genehmigung des Präsidiums auf Grund von § 108 Absatz 1 Satz 3 HmbHG am 27. September 2024.

(2) Artikel 3 dieser Zwölften Änderungssatzung zur Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, wurde ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Studiendekanatsausschusses Maschinenbau der Technischen Universität Hamburg nach §§ 36 Absatz 7, 39 Absatz 1 und § 85 Absatz 1 Satz 1 Hamburgisches Hochschulgesetz (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171) in der Fassung vom 11. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 243) i. V. m. § 12 Absatz 3 der Grundordnung der Technischen Universität Hamburg vom 27. Oktober 2017 (Amtl. Anz. S. 1474) am 31. Juli 2024 und der Genehmigung des Präsidiums auf Grund von § 108 Absatz 1 Satz 3 HmbHG am 27. September 2024.

(3) Diese Zwölfte Änderungssatzung zur Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg (TUHH) vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 12. Juni 2024, tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft und gilt ab 01. Dezember 2024.

Hamburg, den 31. Juli 2024 und 25. September 2024

Technische Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 327

**Neubekanntmachung der Satzung
über das Studium an der
Technischen Universität Hamburg
(TUHH) vom 27. Februar 2013
(Amtl. Anz. Nr. 32
vom 23. April 2013 S. 644),
zuletzt geändert am 31. Juli 2024 und
25. September 2024**

Das Präsidium der Technischen Universität Hamburg gibt nachstehend den Wortlaut der Satzung über das Studium an der Technischen Universität Hamburg vom 27. Februar 2013 in der nunmehr geltenden Fassung unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen bekannt:

- 18. Dezember 2013 (Amtl. Anz. Nr. 23 vom 21. März 2014 S. 449, Nr. 28 vom 8. April 2014 S. 586)
- 22. Oktober 2014 (Amtl. Anz. Nr. 5 vom 16. Januar 2015 S. 121)
- 27. Mai/24. Juni 2015 (Amtl. Anz. Nr. 60 vom 4. August 2015 S. 1313)
- 28. Oktober/25. November 2015 (Amtl. Anz. Nr. 5 vom 19. Januar 2016 S. 97)
- 27. April 2016 (Amtl. Anz. Nr. 59 vom 26. Juli 2016 S. 1284)
- 22. Februar 2017 (Amtl. Anz. Nr. 29 vom 11. April 2017 S. 604)
- 27. Juni/25. Juli 2018 (Amtl. Anz. Nr. 92 vom 16. November 2018 S. 2546)
- 22. Mai 2019 (Amtl. Anz. Nr. 55 vom 16. Juli 2019 S. 978)
- 22. November 2023 (Amtl. Anz. Nr. 79 vom 1. Oktober 2024 S. 1675)
- 28. Februar 2024 (Amtl. Anz. Nr. 79 vom 1. Oktober 2024 S. 1676)
- 12. Juni 2024 (Amtl. Anz. Nr. 79 vom 1. Oktober 2024 S. 1676)
- 31. Juli 2024 und 25. September 2024 (Amtl. Anz. Nr. 14 vom 18. Februar 2025, S. 327)

Präambel

Der Akademische Senat der TU Hamburg hat zuletzt am 25. September 2024 auf Grund von § 36 Absatz 7 des Hamburgischen Hochschulgesetzes (HmbHG) vom 18. Juli 2001 (HmbGVBl. S. 171), zuletzt geändert am 11. Juli 2023 (HmbGVBl. S. 243), in Verbindung mit § 10 Absatz 1 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium in Hamburg (Hochschulzulassungsgesetz – HZG) vom 28. Dezember 2004 (HmbGVBl. S. 515), zuletzt geändert am 18. Mai 2018 (HmbGVBl. S. 188), gemäß § 85 Absatz 1 Nummer 1 HmbHG die Satzung über das Studium an der TUHH vom 27. Februar 2013 beschlossen. Dies wurde zuletzt vom Präsidium gemäß § 108 Absatz 1 HmbHG am 27. September 2024 genehmigt. Bestimmungen nach § 10 HZG sind zuletzt zusätzlich vom Präsidium am 05. Juni 2019 beschlossen und vom Hochschulrat am 04. Juli 2019 genehmigt worden. Das Präsidium und der Hochschulrat bestätigen diesen Beschluss und diese Genehmigung am 07. Oktober 2024.

Teil I:

Zugangsvoraussetzungen für das Studium

§ 1

Zugangsvoraussetzungen für Bachelor-Studiengänge

(1) Der Zugang zum Studium im ersten Fachsemester setzt voraus:

1. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife oder den Nachweis der Studienberechtigung gemäß § 37 oder 38 HmbHG oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis,
2. Sprachkenntnisse in der Unterrichtssprache oder den Unterrichtssprachen des gewählten Bachelor-Studiengangs nach Maßgabe der Aufstellung in Anhang 1 dieser Satzung,
3. in der Regel ein Grundpraktikum. Einzelheiten regelt die Grundpraktikumsordnung für den jeweiligen Studiengang.

(2) Der Zugang in ein höheres Fachsemester setzt neben den in Absatz 1 genannten Bedingungen anrechenbare Studienleistungen voraus, die in einem vergleichbaren Studiengang an einer anderen Hochschule erbracht worden sind. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss des jeweiligen Studiendekanats.

(3) Für den Zugang ist weiterhin eine Erklärung darüber erforderlich, dass die Bewerberin beziehungsweise der Bewerber weder eine Diplom-Vorprüfung, eine Diplomprüfung, eine Prüfung zum Bachelor of Science oder zum Master of Science noch eine äquivalente Prüfung in derselben beziehungsweise verwandten Fachrichtung an einer Hochschule endgültig nicht bestanden hat, noch sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen für Master-Studiengänge

(1) Der Zugang zum Studium im ersten Fachsemester setzt voraus:

1. den erfolgreichen Abschluss des Studiums in einem grundständigen Studiengang,
2. fachspezifische Kenntnisse und Kompetenzen, die in Umfang und Tiefe den Anforderungen für das jeweilige Master-Studium entsprechen. Eine Übersicht der jeweiligen Anforderungen der einzelnen Master-Studiengänge findet sich im Anhang 2 dieser Satzung (fachliche Eignung),

3. Sprachkenntnisse in der Unterrichtssprache oder den Unterrichtssprachen des gewählten Master-Studiengangs nach Maßgabe der Aufstellung in Anhang 1 dieser Satzung.

(2) Die inhaltliche Prüfung einer Bewerbung (Absatz 1 Nummer 2) erfolgt durch eine Auswahlkommission. Die Auswahlkommission besteht aus der Studiengangsleitung und mindestens einer weiteren Person, die mindestens über die zu vergebene Qualifikation verfügt und die vom zuständigen Studiendekanatsausschuss benannt wird. Der Studiendekanatsausschuss legt ferner rechtzeitig vor Beginn des Bewerbungsverfahrens eine Vertretung für die Studiengangsleitung und eine Vertretung für das oder die weiteren Mitglieder fest. Ein stellvertretendes Mitglied muss mindestens über die gleiche Qualifikation wie das Hauptmitglied verfügen. Für die vom NIT betreuten Studiengänge wird die Auswahlkommission von dem für diese Studiengänge zuständigen Ausschuss des Akademischen Senats festgelegt. Wenn die Auswahlkommission zu keiner Entscheidung kommt, trifft die beziehungsweise der Prüfungsausschussvorsitzende beziehungsweise im Falle der Abwesenheit die entsprechende Stellvertretung die Entscheidung. Bei der inhaltlichen Prüfung der Bewerbung durch die Auswahlkommission werden die Erkenntnisquellen gemäß § 17 eingebunden. Zusätzlich können der Bewerberin beziehungsweise dem Bewerber weitere Möglichkeiten des Kompetenznachweises vor Aufnahme des gewählten Master-Studiengangs eingeräumt werden.

(2a) Liegen fachspezifische Kenntnisse und Kompetenzen nicht im erforderlichen Umfang vor, kann in besonderen Fällen die Auswahlkommission nach Absatz 2 die Möglichkeit der Zulassung mit individuellen Auflagen zu einem deutschsprachigen oder anteilig englischsprachigen Master-Studiengang gemäß Anhang 1 vorsehen. Die Auswahlkommission entscheidet, welche Angleichleistungen zum Erwerb fehlender fachspezifischer Kenntnisse und Kompetenzen abzulegen sind. Der Umfang der Angleichleistungen soll zwölf Leistungspunkte nicht überschreiten. Die Angleichleistungen sind bis zum Ende des zweiten Semesters nach Immatrikulation abzuschließen. Es besteht ein Prüfungsanspruch für die durch die Auswahlkommission festgelegten Prüfungen mit der Möglichkeit einer einmaligen Wiederholung. Die Angleichleistungen fließen nicht in die Abschlussnote des Master-Studiengangs ein. Auf Antrag werden gesonderte Nachweise über sie erteilt. Wird das erfolgreiche Erbringen der jeweiligen Angleichleistungen nicht innerhalb der genannten Frist gegenüber dem Studiendekanservice nachgewiesen, ist eine Fortführung des Studiums nicht möglich. Die Immatrikulation wird nach § 35 Absatz 2 Nummer 5 aufgehoben. Im Falle von individuellen Auflagen kann sich das Studium entsprechend verlängern.

(3) Bewerberinnen und Bewerber für die international ausgerichteten Master-Studiengänge gemäß Anhang 1 Nummer C3 mit einem nicht in Deutschland oder einem Staat gemäß § 5 Absatz 2 Nummer 1 erworbenen Abschluss in einem grundständigen Studiengang werden in Abhängigkeit der Bewerberlage auf der Basis länderspezifischer Erfahrungen bezüglich der Korrelation von nachgewiesener Qualifikation und Studienerfolg bewertet. Sie haben eine Benotung mindestens im oberen Leistungsdrittel des jeweiligen Hochschulsystems nachzuweisen. Bei der Feststellung des oberen Leistungsdrittels sind etwaige Empfehlungen der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen der KMK sowie Ergebnisse der Evaluationen an der TUHH zu berücksichtigen.

(4) Für den Zugang ist weiterhin eine Erklärung darüber erforderlich, dass die Bewerberin beziehungsweise der

Bewerber nicht bereits eine Prüfung im gleichen Studiengang oder eine im beworbenen Studiengang durch die Prüfungsordnung verbindlich vorgeschriebene, äquivalente Prüfung endgültig nicht bestanden hat beziehungsweise sich noch in entsprechenden Prüfungsverfahren befindet.

(5) Der Zugang in ein höheres Fachsemester setzt ferner anrechenbare Studienleistungen voraus, die in einem vergleichbaren Studiengang an einer anderen Hochschule erbracht worden sind. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss des jeweiligen Studiendekanats.

§ 2a

Zugangsvoraussetzungen für weiterbildende Master-Studiengänge

(1) Der Zugang zum Studium im ersten Fachsemester setzt voraus:

1. den erfolgreichen Abschluss des Studiums in einem grundständigen Studiengang oder den Nachweis der Studienberechtigung gemäß § 39 Absatz 3 HmbHG.
2. fachspezifische Kenntnisse und Kompetenzen, die in Umfang und Tiefe den Anforderungen für das jeweilige Master-Studium entsprechen. Eine Übersicht der jeweiligen Anforderungen der einzelnen Master-Studiengänge findet sich im Anhang 2 dieser Satzung (fachliche Eignung).
3. Sprachkenntnisse in der Unterrichtssprache oder den Unterrichtssprachen des gewählten Master-Studiengangs nach Maßgabe der Aufstellung in Anhang 1 dieser Satzung.
4. eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr. Näheres regeln die fachspezifischen Anforderungen der einzelnen weiterbildenden Master-Studiengänge in Anhang 2 dieser Satzung.

(2) Die inhaltliche Prüfung einer Bewerbung (Absatz 1 Nummer 2) erfolgt durch eine Auswahlkommission. Die Auswahlkommission besteht aus der Studiengangsleitung und mindestens einer weiteren Person, die mindestens über die zu vergebene Qualifikation verfügt und die vom zuständigen Studiendekanatsausschuss benannt wird. Der Studiendekanatsausschuss legt ferner rechtzeitig vor Beginn des Bewerbungsverfahrens eine Vertretung für die Studiengangsleitung und eine Vertretung für das oder die weiteren Mitglieder fest. Ein stellvertretendes Mitglied muss mindestens über die gleiche Qualifikation wie das Hauptmitglied verfügen. Für die vom NIT betreuten Studiengänge wird die Auswahlkommission von dem für diese Studiengänge zuständigen Ausschuss des Akademischen Senats festgelegt. Wenn die Auswahlkommission zu keiner Entscheidung kommt, trifft die beziehungsweise der Prüfungsausschussvorsitzende beziehungsweise im Falle der Abwesenheit die entsprechende Stellvertretung die Entscheidung. Bei der inhaltlichen Prüfung der Bewerbung durch die Auswahlkommission werden die Erkenntnisquellen gemäß § 17 eingebunden. Zusätzlich können der Bewerberin beziehungsweise dem Bewerber weitere Möglichkeiten des Kompetenznachweises vor Aufnahme des gewählten Master-Studiengangs eingeräumt werden.

(3) Für den Zugang ist weiterhin eine Erklärung darüber erforderlich, dass die Bewerberin beziehungsweise der Bewerber nicht bereits eine Prüfung im gleichen Studiengang oder eine im beworbenen Studiengang durch die Prüfungsordnung verbindlich vorgeschriebene, äquivalente Prüfung endgültig nicht bestanden hat beziehungsweise sich noch in entsprechenden Prüfungsverfahren befindet.

(4) Der Zugang in ein höheres Fachsemester setzt ferner anrechenbare Studienleistungen voraus, die in einem vergleichbaren Studiengang an einer anderen Hochschule erbracht worden sind. Über die Anrechnung entscheidet der Prüfungsausschuss des jeweiligen Studiendekanats.

§ 2b

Zugangsvoraussetzungen für Zertifikatsstudien

(1) Der Zugang zum Zertifikatsstudium im ersten Fachsemester setzt voraus:

1. das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife oder den Nachweis der Studienberechtigung gemäß § 37 oder § 38 HmbHG oder ein als gleichwertig anerkanntes Zeugnis,
2. Sprachkenntnisse in der Unterrichtssprache oder den Unterrichtssprachen des gewählten Zertifikatsstudium nach Maßgabe der Aufstellung in Anhang 1 dieser Satzung,

(2) Der Zugang zu einem weiterbildenden Zertifikatsstudium setzt zusätzlich voraus:

1. fachspezifische Kenntnisse und Kompetenzen, die in Umfang und Tiefe den Anforderungen für das jeweilige Zertifikatsstudium entsprechen. Eine Übersicht der jeweiligen Anforderungen der einzelnen Zertifikatsstudien findet sich im Anhang 2 dieser Satzung (fachliche Eignung).
2. eine qualifizierte berufspraktische Erfahrung von in der Regel nicht unter einem Jahr. Näheres regeln die fachspezifischen Anforderungen der einzelnen weiterbildenden Zertifikatsstudien in Anhang 2 dieser Satzung.

(3) Der Zugang zum Orientierungsstudium setzt zusätzlich voraus:

1. einen Studienplatz, der mittels Losverfahren unter den rechtzeitig eingegangenen Bewerbungen zugewiesen wird.
2. eine Erklärung darüber, dass die Bewerberin beziehungsweise der Bewerber weder eine Prüfung zum Bachelor of Science oder zum Master of Science noch eine äquivalente Prüfung in derselben beziehungsweise verwandten Fachrichtung an einer Hochschule endgültig nicht bestanden hat, noch sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

§ 3

Bewerbungsfristen und -verfahren für die Studiengänge nach § 2 und § 2a

(1) Für die im Anhang 1 Nummer C3 aufgelisteten Studiengänge mit dem Abschluss Master of Science findet eine Studienplatzvergabe nur zum Wintersemester statt und muss die Studienplatzbewerbung bis zum 01. März des Jahres in der TUHH eingegangen sein (Ausschlussfrist). Für alle übrigen Master-Studiengänge muss die Studienplatzbewerbung für das Wintersemester bis zum 15. Juli des Jahres und für das Sommersemester bis zum 15. Januar des Jahres in der TUHH eingegangen sein (Ausschlussfrist). Für örtlich zulassungsbeschränkte Studiengänge regeln sich etwaig abweichende Fristen gemäß Teil II dieser Satzung.

(2) Die TUHH bestimmt Inhalt und Form der Studienplatzbewerbung; sie bestimmt auch Inhalt und Form der einzureichenden Unterlagen. Sämtlichen fremdsprachlichen Zeugnissen ist eine Übersetzung in die deutsche oder englische Sprache einer vereidigten Übersetzerin beziehungsweise eines vereidigten Übersetzers beizufügen.

(3) Wer die Bewerbungsfrist gemäß § 3 Absatz 1 versäumt oder den Antrag nicht formgerecht mit den erforderlichen Unterlagen gemäß § 3 Absatz 2 stellt, ist vom Vergabeverfahren für die Studienplätze ausgeschlossen.

§ 3a

Bewerbungsfristen für Zertifikatsstudien nach § 2b

(1) Die Studienplatzbewerbung muss für das Wintersemester bis zum 15. Juli des Jahres und für das Sommersemester bis zum 15. Januar des Jahres in der TUHH eingegangen sein (Ausschlussfrist). Für das Orientierungsstudium findet die Studienplatzbewerbung nur zum Wintersemester statt.

(2) Die TUHH bestimmt Inhalt und Form der Studienplatzbewerbung; sie bestimmt auch Inhalt und Form der einzureichenden Unterlagen. Sämtlichen fremdsprachlichen Zeugnissen ist eine Übersetzung in die deutsche oder englische Sprache einer vereidigten Übersetzerin beziehungsweise eines vereidigten Übersetzers beizufügen.

(3) Wer die Bewerbungsfrist gemäß § 3a Absatz 1 versäumt oder den Antrag nicht formgerecht mit den erforderlichen Unterlagen gemäß § 3 Absatz 2 stellt, ist vom Vergabeverfahren für die Studienplätze ausgeschlossen.

Teil II:

Vergabe von Studienplätzen in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen

§ 4

Anwendungsbereich

(1) Teil II dieser Satzung regelt das von der TUHH durchzuführende Verfahren bei der Vergabe von Studienplätzen in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen der TUHH, die nicht in das zentrale Vergabeverfahren der Stiftung für Hochschulzulassung einbezogen sind.

(2) Personen, die sich an der TUHH exmatrikulieren lassen, um

- a) das Studium zeitweilig an einer ausländischen Hochschule fortzusetzen,
- b) ein Kind unter 18 Jahren oder einen pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen bis zur Dauer von drei Jahren zu pflegen beziehungsweise zu betreuen,
- c) einem Dienst nach Artikel 12a des Grundgesetzes, der Übernahme solcher Dienstpflichten und entsprechender Dienstleistungen auf Zeit bis zur Dauer von drei Jahren nachzukommen,
- d) einen mindestens zweijährigen Dienst als Entwicklungshelfer beziehungsweise -helferin oder
- e) ein freiwilliges soziales oder ein freiwilliges ökologisches Jahr abzuleisten, können ohne erneutes Zulassungsverfahren für den von ihnen bis zum Zeitpunkt der Exmatrikulation belegten Studiengang immatrikuliert werden. § 26 gilt entsprechend.

(3) Die §§ 5 bis 13 beziehen sich ausschließlich auf das Vergabeverfahren in den Bachelor-Studiengängen der TUHH. Sie finden keine Anwendung auf das Vergabeverfahren in den Master-Studiengängen.

§ 5

Ausländische Studienanfängerinnen und -anfänger (Ausländerquote)

(1) Im Vergabeverfahren für Studienanfängerinnen und -anfänger sind von den je Studiengang zur Verfügung stehenden Studienplätzen vorab 10 vom Hundert für ausländi-

sche Staatsangehörige und Staatenlose, soweit sie nicht Deutschen gleichgestellt sind, vorbehalten. Bei Vorliegen besonderer Gründe kann mit Genehmigung der zuständigen Behörde der Anteil erhöht werden.

(2) Am Allgemeinen Auswahlverfahren nach § 9 nimmt teil, wer Deutschen gleichgestellt ist. Deutschen gleichgestellt sind:

1. Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sowie der Länder Liechtenstein, Island und Norwegen,
2. in der Bundesrepublik Deutschland wohnende Kinder von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Länder Liechtenstein, Island und Norwegen, sofern diese Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind oder gewesen sind,
3. in der Bundesrepublik Deutschland wohnende andere Familienangehörige im Sinne des Artikel 2 Nummer 2 der Richtlinie 2004/38/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 (ABl. EG Nr. L 229 S. 35) von Staatsangehörigen eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder der Länder Liechtenstein, Island und Norwegen, sofern diese Staatsangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt sind, sowie
4. sonstige ausländische Staatsangehörige oder Staatenlose, die eine deutsche Hochschulzugangsberechtigung erworben haben (Bildungsinländer/innen).

(3) Innerhalb der Vorabquote nach Absatz 1 werden in Abhängigkeit der Bewerberlage auf der Basis länderspezifischer Erfahrungen bezüglich der Korrelation von nachgewiesener Qualifikation und Studienerfolg oder mit dem Ziel einer ausgewogenen Gruppenzusammensetzung Länderquoten gebildet. Eine Zulassung innerhalb der Länderquote kann nur erfolgen, wenn das Abschlusszeugnis eine Benotung im oberen Leistungsdrittel des jeweiligen Bildungssystems ausweist. Ausländische Noten sind nach den Richtlinien der KMK in deutsche Noten umzurechnen. Für die Zulassung werden Ranglisten gebildet. Besteht bei der Auswahl Rangleichheit, entscheidet das Los. Bewerberinnen und Bewerber, deren Hochschulzugangsberechtigung keine Note ausweist oder wenn sich die Durchschnittsnote nicht bestimmen lässt, nehmen mit der Note 4,0 am Vergabeverfahren teil.

§ 6

Auswahl nach Härtegesichtspunkten (Härtequote)

(1) Ein Anteil von 5 vom Hundert der Studienanfängerplätze wird auf Antrag an Personen vergeben, für die die Nichtzulassung in dem genannten Studiengang eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde.

(2) Eine außergewöhnliche Härte liegt bei Personen vor, die aus besonderen persönlichen Umständen, insbesondere aus gesundheitlichen, familiären, wirtschaftlichen oder sozialen Gründen auf den Studienort Hamburg angewiesen sind. Näheres regelt die TUHH durch Härterichtlinien, die den Anhang 3 dieser Satzung bilden.

(3) Die Rangfolge wird durch den Grad der außergewöhnlichen Härte bestimmt. Bei der Entscheidung werden nur solche Umstände berücksichtigt, über die innerhalb der in § 17 Absatz 1 bestimmten Frist Belege eingereicht worden sind.

(4) Die Entscheidung, ob ein Härtefall vorliegt, trifft der Servicebereich Lehre und Studium. Er gibt den Bewerberinnen und Bewerbern die Entscheidung bekannt. Die

Zugelassenen sind dabei auf die Rechtsfolgen des § 21 Absatz 2 hinzuweisen.

§ 7

Spitzensportlerquote

(1) Ein Anteil von 2 von Hundert der Studienanfängerplätze wird auf Antrag an Personen vergeben, die einem auf Bundesebene gebildeten A, B, C oder D/C Kader eines Spitzensportverbandes des Deutschen Olympischen Sportbundes für eine vom Olympiastützpunkt Hamburg/Schleswig-Holstein (OSP) betreute Sportart angehören (Spitzensportlerinnen beziehungsweise Spitzensportler) und aus diesem Grund an Hamburg als Studienort gebunden sind (Spitzensportlerquote); die Eigenschaft als Spitzensportlerin beziehungsweise Spitzensportler sowie die Zugehörigkeit zum Kader einer Schwerpunktsportart des OSP ist durch eine Bescheinigung des OSP nachzuweisen.

(2) Plätze werden zunächst an Spitzensportlerinnen und Spitzensportler vergeben, die dem Kader einer Schwerpunktsportart des OSP angehören, danach noch frei bleibende Plätze an andere Spitzensportlerinnen und Spitzensportler. Übersteigt die Zahl der hierbei jeweils zu berücksichtigenden Spitzensportlerinnen und Spitzensportler noch zu vergebene Studienplätze, so erfolgt die Auswahl nach dem Ergebnis des Allgemeinen Auswahlverfahrens gemäß § 9.

§ 7a

Quote für Bewerberinnen und Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung

Ein Anteil von 3 von Hundert der Studienanfängerplätze wird auf Antrag an Personen ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung im Rahmen des Auswahlverfahrens nach § 9 unter ausschließlicher Anwendung des Absatzes 2 Nummer 1 vergeben.

§ 7b

Vergabe von frei bleibenden Studienplätzen in den Vorabquoten nach §§ 5, 6, 7 und 7a

In den Vorabquoten frei bleibende Studienplätze werden wie folgt vergeben:

1. Studienplätze, die in der Ausländerquote (§ 5) oder in der Quote nach § 7a frei bleiben, werden nach § 8 vergeben
2. Studienplätze, die in der Härtequote (§ 6) oder der Spitzensportlerquote (§ 7) frei bleiben, werden in der jeweils anderen Quote vergeben, sofern in ihr weitere Personen zu berücksichtigen sind; anderenfalls werden sie in der Quote nach § 7a vergeben, soweit in dieser weitere Personen zu berücksichtigen sind, sonst nach § 8.

§ 8

Hauptquoten

(1) Die nach Abzug der Ausländer-, der Härte- der Spitzensportler- und der Quote für Bewerberinnen und Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung (Vorabquoten) verbleibenden Studienanfängerplätze werden wie folgt vergeben:

1. zu 90 vom Hundert nach dem Ergebnis eines Allgemeinen Auswahlverfahrens nach § 9,
2. zu 10 vom Hundert nach der Zahl der seit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung vergangenen Halbjahre (Wartezeit) nach § 10.

(2) Bei der Berechnung der Quoten nach §§ 5 bis 8 wird gerundet.

§ 9

Allgemeines Auswahlverfahren

(1) Die Entscheidung über die Vergabe der übrigen Studienplätze wird in einem hochschuleigenen Auswahlverfahren nach dem Grad der Eignung und Motivation der Bewerberin oder des Bewerbers für den gewählten Studiengang und den angestrebten Beruf getroffen.

(2) Der Grad der Eignung und Motivation nach Absatz 1 wird durch folgende Kriterien bestimmt:

1. Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung und
2. die Einzelnoten im Fach Mathematik der letzten vier Schulhalbjahre vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung.

(3) Ausländische Noten werden nach den Richtlinien der KMK in deutsche Noten umgerechnet. Bewerberinnen und Bewerber, deren Hochschulzugangsberechtigung keine Note ausweist bzw. sich eine Durchschnittsnote nicht ermitteln lässt, nehmen mit der Note 4,0 am Vergabeverfahren teil. Bei Bewerberinnen und Bewerber, die die Noten nach Nummer 2 nicht nachweisen, fließt ausschließlich die Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung in die Auswahlentscheidung ein.

(4) Zur Vorbereitung der Zulassungsentscheidung wird der in Absatz 2 Nummer 1 genannten Durchschnittsnote eine Punktzahl nach folgender Tabelle zugeordnet:

Note	Punkte	Note	Punkte	Note	Punkte
1,0	70	2,0	50	3,0	25
1,1	68	2,1	48	3,1	22
1,2	66	2,2	46	3,2	19
1,3	64	2,3	44	3,3	16
1,4	62	2,4	42	3,4	13
1,5	60	2,5	40	3,5	10
1,6	58	2,6	37	3,6	8
1,7	56	2,7	34	3,7	6
1,8	54	2,8	31	3,8	4
1,9	52	2,9	28	3,9	2
				4,0	0

Wird das Gesamtergebnis in einem Zeugnis in Worten ausgeprägt, so nimmt die Person mit folgender Note, die der entsprechenden Punktzahl nach vorgenannter Tabelle zugeordnet wird, am Vergabeverfahren teil: „sehr gut“ entspricht 1,2; „gut“ entspricht 2,0; „befriedigend“ entspricht 3,0 und „ausreichend“ entspricht der Note 3,7.

(5) Für das Kriterium nach Absatz 2 Nummer 2 wird ein Bonus von fünf Punkten vergeben, sofern der arithmetische Mittelwert der vier Halbjahresnoten vor dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung mindestens 10 ergibt. Ausländische Noten werden nach den Richtlinien der KMK in deutsche Noten umgerechnet und in das deutsche Punktesystem übertragen.

(6) Für die Zulassung wird aus den nach Absätzen 3 und 4 vergebenen Punktzahlen durch Addition eine Gesamtpunktzahl ermittelt. Die Zulassung erfolgt in der Rangfolge der jeweils höchsten Gesamtpunktzahl. Ist nur noch ein Studienplatz zu vergeben, entscheidet bei gleicher Gesamtpunktzahl die bessere Punktzahl der Durchschnitts-

note der Hochschulzugangsberechtigung über die Rangfolge. Besteht danach noch Ranggleichheit, entscheidet das Los.

§ 10

Auswahl nach Wartezeit

(1) Die Rangfolge der Bewerberinnen und Bewerber wird durch die Zahl der Halbjahre seit dem Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung (Wartezeit) bestimmt. Es zählen nur volle Halbjahre vom Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung bis zum Beginn des Semesters, für das die Zulassung beantragt wird. Halbjahre sind die Zeit vom 01. April bis zum 30. September eines Jahres und die Zeit vom 01. Oktober eines Jahres bis zum 31. März des folgenden Jahres.

(2) Bei Personen, die den Zeitpunkt des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung nicht nachweisen, wird keine Wartezeit berücksichtigt.

(3) Von der Gesamtzahl der Halbjahre wird die Zahl der Halbjahre einer Immatrikulation an einer Hochschule im Geltungsbereich des Grundgesetzes abgezogen.

(4) Es werden höchstens sieben Halbjahre berücksichtigt.

(5) Besteht bei der Auswahl nach der Wartezeit Ranggleichheit, werden die Kriterien nach § 9 herangezogen. Besteht dann Ranggleichheit, entscheidet das Los.

§ 11

Auswahlverfahren bei Zweitstudienbewerberinnen und -bewerbern

(1) Wer bereits ein Studium an einer deutschen Hochschule erfolgreich abgeschlossen hat oder es bis zum Beginn des Studiums an der TUHH abschließen wird (Erststudium), wird im Rahmen der Quote nach § 8 Nummer 1 ausgewählt.

(2) Das Auswahlverfahren regelt sich nach § 9 mit der Maßgabe, dass an die Stelle der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung eine Verfahrensnote tritt, die sich zu je 50 % aus dem Ergebnis der Abschlussprüfung des Erststudiums beziehungsweise der zum Zeitpunkt der Bewerbung nachgewiesenen Durchschnittsnote des Erststudiums und der Durchschnittsnote der Hochschulzugangsberechtigung ergibt.

§ 12

aufgehoben

§ 13

Auswahlverfahren bei Bewerberinnen und Bewerbern nach § 38 HmbHG

Für Personen, die auf Grund einer studiengangbezogenen Berechtigung gemäß § 38 HmbHG ein Studium aufnehmen wollen, bestimmt sich die Auswahl nach § 5 Absatz 2 Nummer 6 HZG. Die Zulassungen werden auf die Plätze nach § 8 dieser Satzung angerechnet. Die Voraussetzungen gelten mit der erfolgreichen Eingangsprüfung nach § 38 HmbHG als erbracht. Eine Rangfolge wird nicht festgelegt.

§ 14

Auswahl in den örtlich zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen – Auswahl nach Härtegesichtspunkten (Härtequote)

(1) Ein Anteil von 10 von Hundert der Studienplätze wird auf Antrag an Personen vergeben, für die die Ableh-

nung des Zulassungsantrages eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde, insbesondere weil sie aus besonderen gesundheitlichen, familiären, sozialen oder wirtschaftlichen Gründen auf Hamburg als Studienort angewiesen sind. Näheres regelt die TUHH durch Härterichtlinien, die den Anhang 3 dieser Satzung bilden.

(2) Über die Härtequote ist mindestens eine Person zum Studium zuzulassen, wenn in ihr mindestens eine Person zu berücksichtigen ist. Dies gilt nicht, wenn hierdurch die Zahl der insgesamt zu vergebenden Studienplätze die Zahl der insgesamt über die Quoten nach §§ 14a und 14b zu vergebenden Studienplätze übersteigen würde. § 6 Absätze 3 und 4 gelten entsprechend. Die nach Abzug der Härtequote verbleibenden Studienplätze werden zu 90 vom Hundert nach § 14a und zu 10 vom Hundert nach § 14b vergeben.

§ 14a

Auswahl in den örtlich zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen – Allgemeines Auswahlverfahren (Leistungsquote)

(1) Die Vergabe der Studienplätze in örtlich zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen innerhalb der Leistungsquote wird bestimmt durch:

1. die Durchschnittsnote des für das Masterstudium relevanten ersten Hochschulabschlusses und
2. den Grad der fachlichen Eignung gemäß Anhang 2 des Masterstudiengangs.

Können Bewerberinnen und Bewerber zum Zeitpunkt des Vergabeverfahrens den ersten relevanten Hochschulabschluss noch nicht nachweisen, so tritt an die Durchschnittsnote des ersten Hochschulabschlusses die derzeitige Durchschnittsnote der bisher erbrachten Studienleistungen. § 2 Absatz 1 bleibt unberührt. Ausländische Noten sind nach den Richtlinien der KMK in deutsche Noten umzurechnen. Bewerberinnen und Bewerber, deren Hochschulzugangsberechtigung beziehungsweise deren erster Hochschulabschluss keine Note ausweist bzw. sich eine Durchschnittsnote nicht ermitteln lässt, wird in diesem Fall die Note 4,0 zugerechnet.

(2) Zur Vorbereitung der Zulassungsentscheidung wird der in Absatz 1 Nummer 1 benannten Durchschnittsnote eine Punktzahl gemäß § 9 Absatz 3 zugeordnet. Für das Kriterium nach Absatz 1 Nummer 2 werden in den Fällen der besonderen fachlichen Eignung gemäß Anhang 2 der Satzung zusätzlich 15 Punkte vergeben.

§ 14b

Auswahl in den örtlich zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen – Auswahl nach Wartezeit (Wartezeitquote)

Die Rangfolge der Bewerberinnen und Bewerber bei der Vergabe der Studienplätze in örtlich zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen innerhalb der Wartezeitquote wird bestimmt durch die Zahl der seit dem Erwerb der Zugangsberechtigung für das Masterstudium vergangenen Halbjahre. § 10 Absatz 1 Sätze 2 und 3 und Absätze 2, 3 und 4 finden entsprechend Anwendung. Besteht bei der Auswahl nach Wartezeit Ranggleichheit, werden die Kriterien nach § 14 a herangezogen. Besteht danach Ranggleichheit, entscheidet das Los.

§ 15

Vorwegauswahl

(1) Bewerberinnen und Bewerber, die unter eine der Kategorien nach § 4 Absatz 2 Buchstaben c) bis e) fallen,

werden in dem genannten Studiengang nach Maßgabe der Absätze 2 bis 4 vorweg ausgewählt.

(2) Die Vorwegauswahl setzt voraus, dass

1. zu Beginn oder während der Ableistung des Dienstes an der Hochschule Zulassungszahlen nicht festgesetzt waren oder
2. eine Zulassung für diesen Studiengang an der TUHH vorlag, die zu Beginn oder während des Dienstes erteilt worden ist.

(3) Die Zulassung muss zu dem Zulassungsverfahren beantragt werden, das unmittelbar nach Beendigung des Dienstes durchgeführt wird. Ist der Dienst noch nicht beendet, ist durch Bescheinigung glaubhaft zu machen, dass er bis zum Vorlesungsbeginn des beantragten Semesters beendet sein wird.

(4) Personen, bei denen die Voraussetzungen für eine bevorzugte Auswahl vorliegen, werden unter Anrechnung auf die nach § 8 beziehungsweise § 14 insgesamt verfügbaren Studienplätze vorweg ausgewählt. Wird die Festlegung einer Rangfolge zwischen den bevorzugt auszuwählenden Personen erforderlich, entscheidet das Los, das den Bewerberinnen und Bewerbern bei Beginn des Zulassungsverfahrens zugeordnet wird.

(5) Personen, denen auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung in Bezug auf ihren Zulassungsantrag für ein zurückliegendes Zulassungsverfahren ein Studienplatz mit Wirkung auf ein anderes Zulassungsverfahren zuzuweisen ist, sind wie Personen zu behandeln, die vorweg bevorzugt auszuwählen sind.

(6) Ohne erneute Zulassung werden auch Personen immatrikuliert, die sich wegen einer schweren Erkrankung oder aus einem vergleichbaren, nicht von ihnen zu vertretenden Grund trotz Zulassung nicht immatrikuliert haben oder aus einem solchen Grund im Laufe des 1. Fachsemesters exmatrikuliert haben. Die Immatrikulation muss im Rahmen des auf den Wegfall des Grundes folgenden Zulassungsverfahrens beantragt werden.

§ 16

Vergabe von Studienplätzen an Bewerberinnen und Bewerber höherer Fachsemester

(1) Studienbewerberinnen und Studienbewerber für höhere Fachsemester nehmen am Auswahlverfahren nach § 5 beziehungsweise § 9 beziehungsweise § 14 teil.

(2) Ist nach Absatz 1 eine Zulassung erteilt worden, trifft der Prüfungsausschuss des jeweiligen Studiendekanats die Entscheidung über die Einstufung in ein höheres Fachsemester.

§ 17

Zulassungsantrag/Bewerbungsunterlagen

(1) Der Zulassungsantrag muss für das Wintersemester bis zum 15. Juli des Jahres in der TUHH eingegangen sein (Ausschlussfrist). Dies gilt auch dann, wenn die betreffende Person sich bereits in einem früheren Zulassungsverfahren beworben hatte. Anträge auf Zulassung sind ausschließlich zu einem Wintersemester möglich.

(2) Anträge nach §§ 6 und 7, die nach dieser Satzung ergänzend zum Zulassungsantrag gestellt werden können, sind mit dem Zulassungsantrag zu stellen.

(3) In dem Zulassungsantrag für die Bachelor-Studiengänge können bis zu zwei Studiengänge benannt werden. In dem Zulassungsantrag für die Master-Studiengänge darf

nur ein Studiengang benannt werden. Werden von einer Person mehrere Zulassungsanträge gestellt, wird nur über den ersten, fristgerecht eingegangenen Zulassungsantrag entschieden.

(4) Die TUHH bestimmt Inhalt und Form des Zulassungsantrages und der Anträge nach Absatz 2; sie bestimmt auch Inhalt und Form der Unterlagen, die den Anträgen beizufügen sind. Die Bewerbung erfolgt in einem Online-Verfahren. Sämtlichen fremdsprachlichen Zeugnissen ist eine Übersetzung in die deutsche oder englische Sprache einer vereidigten Übersetzerin beziehungsweise eines vereidigten Übersetzers beizufügen.

(5) Zur Bewerbung gehören mindestens

1. das ordnungsgemäß durchlaufene und abgeschlossene Online-Bewerbungsverfahren beziehungsweise der ausgefüllte Zulassungsantrag, jeweils mit den geforderten Unterlagen
2. für Personen nach § 11 das höchstens zweiseitige, maschinenschriftlich erstellte Bewerbungsschreiben in deutscher oder englischer Sprache, das einen eindeutigen Bezug zum Erststudium und eine aussagekräftige Begründung für die Aufnahme des Zweitstudiums beinhalten muss,
3. für Personen mit einer ausländischen Hochschulzugangsberechtigung der Nachweis der deutschen Sprachkenntnisse mindestens auf dem Niveau B 2.2 gemäß Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für die im Anhang 1 Nummern C1, C2 und C4 aufgeführten Studiengänge, sofern dort nicht Anderweitiges aufgeführt ist; die Zugangsvoraussetzungen des § 1 dieser Satzung sowie der Rahmenordnung über die deutsche Sprachprüfung für das Studium an deutschen Hochschulen (RO-DT) bleiben hiervon unberührt. Der Sprachnachweis sollte in der Regel nicht älter sein als zwei Jahre.

(6) Macht eine Bewerberin oder ein Bewerber durch ein ärztliches Attest glaubhaft, dass sie oder er wegen ständiger körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage ist, Anträge und Unterlagen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form beizubringen, kann die TUHH gestatten, diese in einer anderen Form einzureichen.

§ 18

Ablauf des Zulassungsverfahrens

(1) Im Zulassungsverfahren können die festgesetzten Zulassungszahlen im Interesse einer beschleunigten Vergabe der Studienplätze unter Berücksichtigung von in früheren Zulassungsverfahren gewonnenen Erkenntnissen über das Annahmeverhalten vorläufig überschritten werden.

(2) Studienplätze, die nicht in Anspruch genommen werden oder aus anderen Gründen frei bleiben, werden bis zum Beginn der Vorlesungszeit an die rangnächsten Bewerberinnen und Bewerber der jeweiligen Gruppe vergeben.

(3) Sind nach Abschluss des Zulassungsverfahrens bis zum Beginn der Vorlesungszeit noch freie Studienplätze vorhanden, können diese an Bewerberinnen und Bewerber vergeben werden, die sich innerhalb einer vom Präsidium zu bestimmenden Frist gemeldet haben. Die Zulassung erfolgt nach der Reihenfolge des Datums des Eingangsstempels der Zulassungsanträge; bei Ranggleichheit entscheidet das Los.

§ 19

Zulassung unter Bedingungen

Die Zulassung steht unter den Bedingungen, dass:

1. Ihre Überprüfung vor der Immatrikulation ihre Rechtmäßigkeit ergibt und
2. Der Immatrikulation keine Hindernisse entgegenstehen.

Eines Hinweises auf die Bedingungen im Zulassungsbescheid bedarf es nicht.

§ 20

Ausschluss vom Zulassungsverfahren

Wer die Bewerbungsfrist (§ 17 Absatz 1 beziehungsweise § 18 Absatz 3) versäumt oder den Antrag nicht formgerecht mit den erforderlichen Unterlagen (§ 17 Absätze 4 und 5) stellt, ist vom Zulassungsverfahren ausgeschlossen. Ferner ist ausgeschlossen, wer die in Teil I § 1 Absatz 1 Nummer 1 und § 2 Absatz 1 Nummern 1 und 2 und Absatz 3 geforderten Zugangsbedingungen für den gewählten Studiengang nicht erfüllt. Ausgenommen hiervon ist der Nachweis gemäß § 14 Absatz 1 Satz 2.

§ 21

Rücknahme und Unwirksamwerden der Zulassung

(1) Beruht die Zulassung auf einem Verstoß gegen Erklärungspflichten oder auf sonstigen falschen Angaben, nimmt die TUHH die Zulassung zurück und vergibt den Studienplatz entsprechend der Rangliste neu.

(2) Die Zulassung wird unwirksam, wenn die zugelassene Person nicht innerhalb der von der TUHH im Zulassungsbescheid gesetzten Frist schriftlich mitteilt, dass sie die Zulassung annimmt oder wenn sie den zugeteilten Studienplatz nicht unverzüglich in Anspruch nimmt.

Teil III:

Immatrikulationsordnung

§ 22

Immatrikulation

(1) Bewerberinnen und Bewerber werden auf Antrag durch die Immatrikulation als Studierende frühestens ab dem Tag des Semesterbeginns Mitglieder der TUHH mit den daraus folgenden, im HmbHG, in der Grundordnung der TUHH und in der Satzung der Studierendenschaft näher beschriebenen Rechten und Pflichten. Sie werden für einen Studiengang nach den §§ 52 und 54 HmbHG immatrikuliert. Die Immatrikulation wird erst durch das Entrichten sämtlicher fälliger Beiträge und Gebühren wirksam. Die Mitgliedschaft endet durch die Exmatrikulation.

(2) Für einen weiteren Studiengang (Doppelstudium) können die Bewerberinnen und Bewerber in begründeten Ausnahmefällen auf Antrag immatrikuliert werden, auch wenn der weitere Studiengang an einer anderen Hochschule absolviert wird. Eine ordnungsgemäße Durchführung der beiden Studiengänge muss gewährleistet sein. Die Immatrikulation ist mit einem Widerrufsvorbehalt für den Fall versehen, dass eine ordnungsgemäße Durchführung des Studiums neben dem anderen Studiengang nicht oder nicht mehr gegeben ist. Ein Widerruf soll regelmäßig mit Wirkung für die Zukunft ausgesprochen werden. Die Studierenden müssen zu jedem Semester im Rahmen der Rückmeldung nachweisen, dass sie in beiden Studiengängen dem Studienplan ordnungsgemäß folgen. Die Immatrikula-

tion in einen örtlich zulassungsbeschränkten Studiengang ist grundsätzlich ausgeschlossen.

(3) Die Aufnahme des Studiums in örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen sowie in den in Anhang 1 Nummer C3 benannten Studiengängen mit dem Abschluss Master of Science ist nur zum Wintersemester möglich. Eine Aufnahme des Studiums in den in Anhang 1 Nummer C2 sonstigen benannten, nicht örtlich zulassungsbeschränkten Studiengängen zum Sommersemester ist möglich, kann aber zur Verlängerung des Studiums führen. Das Lehrangebot der Master-Studiengänge ist für einen Studienbeginn zum Wintersemester ausgelegt. Die Aufnahme eines Studiums zum Wintersemester wird daher empfohlen.

(4) Als Nachweis der Immatrikulation erhalten die Studierenden einen Studierendenausweis; dieser ist jeweils für ein Semester gültig.

(5) Rechtsvorschriften, die die Zulassung zu einzelnen Studiengängen beschränken beziehungsweise besondere Zugangsvoraussetzungen für einzelne Studiengänge vorsehen, bleiben unberührt.

(6) In auslaufenden Studiengängen kann Studienbewerberinnen und Studienbewerber die Immatrikulation versagt werden, wenn die Durchführung des Studiums innerhalb der Regelstudienzeit gemäß Studienplan nicht möglich ist.

§ 23

Immatrikulation im Rahmen eines Promotionsverfahrens und zum Zwecke der wissenschaftlichen Vertiefung

(1) Vom Promotionsausschuss der TU Hamburg zur Promotion zugelassene Doktorandinnen und Doktoranden der TU Hamburg werden bis zum Abschluss ihres Promotionsverfahrens als Promotionsstudentinnen und -studenten immatrikuliert. Die Immatrikulation muss spätestens zu dem auf die Zulassung folgenden Semester erfolgen.

(2) Promotionsstudentinnen und -studenten können auf Antrag zusätzlich als ordentlichen Studierende immatrikuliert werden. Diese Immatrikulation ist auf höchstens sechs Jahre begrenzt. Sie ist an eine Einkommensgrenze gebunden, die sich an dem Stipendiengrundbetrag nach den Verwendungsrichtlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) orientiert. Ein Prüfungsanspruch für die Studiengänge der TUHH nach den §§ 52 und 54 HmbHG wird nicht erworben.

(3) Als Studiengang im Sinne des § 22 gelten auch Studien zum Zwecke der wissenschaftlichen Vertiefung und zur Vorbereitung auf die Promotion. Bewerberinnen und Bewerber müssen in der Regel über einen zur Promotion berechtigenden Hochschulabschluss verfügen und werden auf Antrag für maximal zwei Semester als Studierende immatrikuliert. Eine Beziehung zum vorherigen Studium ist nachzuweisen. Die Immatrikulation ist an eine Einkommensgrenze gebunden, die sich an dem Stipendiengrundbetrag nach den Verwendungsrichtlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) orientiert. Bewerberinnen und Bewerber müssen ferner eine Betreuungszusage einer Hochschullehrerin beziehungsweise eines Hochschullehrers der TUHH zur Immatrikulation vorlegen. Ein Prüfungsanspruch für die Studiengänge der TUHH nach den §§ 52 und 54 HmbHG wird nicht erworben.

§ 24

Studienberechtigung

Die Immatrikulation setzt neben den Zugangsvoraussetzungen nach Teil I dieser Satzung voraus, dass keine Versagungsgründe nach § 41 HmbHG vorliegen.

§ 25

Frist und Form der Anträge auf Immatrikulation

(1) Immatrikulationsanträge sind innerhalb einer von der Präsidentin beziehungsweise vom Präsidenten der TUHH festzusetzenden und durch Aushang in der TUHH bekannt zu gebenden Frist an den Servicebereich Lehre und Studium zu richten.

(2) Verspätet eingegangene Anträge können innerhalb einer von der Präsidentin beziehungsweise vom Präsidenten zu bestimmenden Frist in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt werden, soweit freie Studienplätze vorhanden sind. Diese Frist ist unter Berücksichtigung des Beginns der Vorlesungszeit festzusetzen und bekannt zu geben.

(3) Die Immatrikulation kann schriftlich, durch persönliches Erscheinen oder das einer bevollmächtigten Vertretung vorgenommen werden. Abweichend hiervon muss in den in Anhang 1 unter C3 benannten Studiengängen mit dem Abschluss Master of Science die Immatrikulation persönlich oder persönlich durch eine bevollmächtigte Vertretung vorgenommen werden. Sie ist auf dem von der TUHH vorgesehenen Formblatt zu beantragen. Bewerberinnen und Bewerber sind verpflichtet, der TUHH alle geforderten Angaben zu machen und die notwendigen Unterlagen in der geforderten Form beizufügen. Ferner kann der Abschluss eines Studienvertrags (academic contract) Voraussetzung für die Immatrikulation sein.

(4) Bewerberinnen und Bewerber gemäß § 37 Absatz 1 Nummern 3 bis 7 HmbHG müssen die Teilnahme an einem Beratungsgespräch durch eine Bescheinigung nachweisen. Das Beratungsgespräch führt die Studienfachberaterin beziehungsweise der Studienfachberater für den gewünschten Studiengang.

(5) Wer die Frist gemäß Absatz 1 beziehungsweise Absatz 2 versäumt oder den Antrag nicht formgerecht mit den erforderlichen Unterlagen und Angaben gemäß Absätze 3 und 4 stellt, ist vom Immatrikulationsverfahren ausgeschlossen.

(6) Bewerberinnen und Bewerber können vorläufig immatrikuliert werden, wenn die Voraussetzungen für eine Immatrikulation erfüllt sind, diese aber aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen nicht rechtzeitig nachgewiesen werden können; dies gilt in Studiengängen mit Zulassungsbeschränkungen nur, wenn mindestens eine vorläufige Zulassung ausgesprochen wurde. Die vorläufige Immatrikulation ist zu widerrufen, wenn der fehlende Nachweis nach Wegfall des Hinderungsgrundes nicht unverzüglich erbracht wird.

(7) Macht eine Bewerberin oder ein Bewerber durch ein ärztliches Attest glaubhaft, dass sie oder er wegen ständiger körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung nicht in der Lage ist, Anträge und Unterlagen ganz oder teilweise in der vorgeschriebenen Form beizubringen, kann die TUHH gestatten, diese in einer anderen Form einzureichen.

§ 26

Wiedereinschreibung

(1) Besteht Mitgliedschaft an der TUHH nicht (§ 22 Absatz 1) und wird eine Immatrikulation in einen zuvor bereits an der TUHH belegten und noch nicht abgeschlossenen Studiengang beantragt, so handelt es sich um eine Wiedereinschreibung. Andernfalls handelt es sich um eine Immatrikulation, gegebenenfalls in Verbindung mit einem Studiengangwechsel. § 28 gilt entsprechend.

(2) Die Wiedereinschreibung nach einer anerkannten Unterbrechung des Studiums gemäß § 4 Absatz 2 ist innerhalb der Immatrikulationsfrist nach § 25 Absatz 1 zu beantragen.

(3) Die Wiedereinschreibung nach einer Exmatrikulation von Amts wegen ist grundsätzlich erst zum darauf folgenden Semester möglich. Die Wiedereinschreibung nach einer Exmatrikulation auf Antrag der beziehungsweise des Studierenden ist nur zulässig, sofern zwischen dem Zeitpunkt der Exmatrikulation und dem Datum der Wiedereinschreibung mindestens ein Semester verstrichen ist.

(4) Grundsätzlich finden bei einer Wiedereinschreibung die dann geltenden Rechtsvorschriften Anwendung. § 24 gilt entsprechend.

§ 27

Rückmeldung

(1) Studierende sind verpflichtet, sich zu jedem Semester zum Weiterstudium anzumelden (Rückmeldung). Form und Inhalt der Rückmeldung bestimmt die TUHH.

(2) Die Rückmeldefrist wird von der Präsidentin beziehungsweise vom Präsidenten festgesetzt und durch Aushang in der TUHH bekannt gegeben.

(3) Waren Studierende ohne Verschulden verhindert, die Rückmeldefrist einzuhalten, so ist ihnen auf Antrag Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren; der Antrag ist innerhalb von zehn Tagen nach Wegfall des Hindernisses zu stellen.

§ 28

Wechsel des Studiengangs

(1) Ein Studiengangwechsel ist von den Studierenden innerhalb der Rückmeldefrist auf dem dafür vorgesehenen Formblatt zu beantragen.

(2) Ist für den neu gewählten Studiengang die Höchstzahl der aufzunehmenden Studienbewerberinnen und -bewerber festgesetzt, so ist der Wechsel nur zulässig, wenn die Studierenden einen Zulassungsbescheid für den gewählten Studiengang besitzen bzw. eine Zulassung zum vorangegangenen Zulassungsverfahren hätte erwirkt werden können und entsprechende Studienplatzkapazität vorhanden ist.

(3) Im Falle eines Studiengangwechsels soll eine Studienberatung stattfinden. Genehmigungspflichtig ist ein Studiengangwechsel nach Beginn des dritten Semesters oder zum wiederholten Male. Die Genehmigung wird nur erteilt, wenn die Studierenden erhebliche Gründe darlegen, die den Studiengangwechsel rechtfertigen, die Zentrale Studienberatung die Durchführung eines Beratungsgesprächs bestätigt und die Studierenden gegebenenfalls einen Zulassungsbescheid für den gewählten neuen Studiengang besitzen.

(4) Die Immatrikulation erfolgt stets in das erste Fachsemester des neu gewählten Studiengangs. Für die Anrechnung von Studienleistungen gelten die Regelungen der „Allgemeinen Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnung für die Bachelor- und Master-Studiengänge“ (ASPO) in der geltenden Fassung.

§ 29

Beurlaubung

(1) Sind Studierende nach § 22 verhindert, in einem Semester Lehrveranstaltungen zu besuchen, so können sie

auf Antrag beurlaubt werden. Der Antrag muss innerhalb der Rückmeldefrist auf dem von der TUHH vorgeschriebenen Formblatt gestellt und begründet werden. In den Fällen des Absatzes 2 Nummern 1 und 2 sind Ausnahmen zulässig. Während der Zeit der Beurlaubung bleiben die Rechte und Pflichten der beziehungsweise des Studierenden mit Ausnahme der Verpflichtung zum ordnungsgemäßen Studium an der TUHH unberührt.

(2) Gründe für eine Beurlaubung sind insbesondere:

1. Eigene Krankheit,
2. Behinderung,
3. Praktikum, soweit kein Fachsemester in der betreffenden Studien- und Prüfungsordnung dafür vorgesehen ist
4. Auslandsstudium
5. Schwangerschaft, Zeiten des Mutterschutzes sowie Elternzeit,
6. Pflege und Betreuung eines Angehörigen,
7. Mitwirkung in den Gremien der Selbstverwaltung,
8. Teilnahme an Trainingsmaßnahmen und Wettkämpfen für Spitzensportlerinnen und Spitzensportler gemäß § 7,
9. Durchführung eines konkreten, von der TUHH begleiteten Gründungsprojektes.

(3) Studierende können für die gesamte Studienzeit an der TUHH bis zu zwei Beurlaubungssemestern in Anspruch nehmen, wobei Bachelor- und Master-Studierenden jeweils ein Beurlaubungssemester zusteht. In Härtefällen kann die Anzahl auf begründeten Antrag hin überschritten werden. Hierfür sind dann im Rahmen der Beantragung entsprechende Nachweise beizubringen. Die Beurlaubung wird für die Dauer eines Semesters ausgesprochen. Sie ist zu jedem Semester erneut zu beantragen.

(4) Die Beurlaubung für vorangegangene Semester ist unzulässig. Eine Beurlaubung für das erste Fachsemester nach der Immatrikulation ist unzulässig.

(5) Für Zeiten nach Absatz 2 Nummer 5 können bis zu sechs Urlaubssemester gewährt werden, die auf die Zahl der Urlaubssemester nach Absatz 3 nicht angerechnet werden. Entsprechende Nachweise sind zu erbringen. Für Zeiten nach Absatz 2 Nummer 9 können mit Zustimmung der betreuenden Hochschullehrerin oder des betreuenden Hochschullehrers bis zu zwei Urlaubssemester gewährt werden.

(6) Beurlaubungssemester zählen nicht als Fachsemester. Während der Beurlaubung ist die Ablegung von Leistungsnachweisen auf Antrag möglich.

§ 30

Austauschstudierende

Ausländische Studierende, die im Rahmen eines Austauschprogramms mit einer Partnerhochschule, der Europäischen Union beziehungsweise mit einem Stipendium eines öffentlichen Stipendiengabers an der TUHH studieren wollen, ohne dass eine Abschlussprüfung beabsichtigt ist, können außerhalb des Vergabeverfahrens immatrikuliert werden. Über Ausnahmen entscheidet die TUHH. Die Höchstdauer dieser Immatrikulation beträgt in der Regel zwei Semester. Eine Verlängerung ist in begründeten Ausnahmefällen möglich. Austauschstudierende bleiben während dieser Zeit an der Heimathochschule eingeschrieben. Die Immatrikulation kann erst nach Abschluss eines Studienvertrages (learning agreement) zwischen der TUHH und der Heimathochschule der oder des Studierenden erfolgen.

§ 31

Gasthörerinnen und Gasthörer

(1) Als Gasthörerin oder Gasthörer kann zugelassen werden, wer sich durch den Besuch einzelner, maximal fünf Modulen im Semester weiterbilden will, ohne einen Studienabschluss anzustreben. Das Studium der ordentlichen Studierenden darf hierdurch nicht beeinträchtigt werden.

(2) Der Antrag auf Zulassung ist bis vier Wochen nach Vorlesungsbeginn für das betreffende Semester im Studierendenservice zu stellen. Die Zulassung gilt für ein Semester für die genehmigten Lehrveranstaltungen.

(3) Über die Zulassung entscheidet der Studierendenservice im Einvernehmen mit der oder dem Lehrenden der jeweiligen Lehrveranstaltung.

(4) Gasthörerinnen und Gasthörer erhalten bei der Zulassung einen Ausweis, der beim Besuch der TUHH auf Verlangen vorzuzeigen ist.

(5) Gasthörerinnen und Gasthörer sind nicht berechtigt, Prüfungen abzulegen. Sie erhalten keinen Studierendenstatus.

§ 32

Frühstudierende

(1) Besonders begabte Schülerinnen und Schüler aus den Jahrgangsstufen 11 bis 13 von Gymnasien, Gesamt- und Stadtteilschulen können zum Frühstudium zugelassen werden (Frühstudierende). Die Antragsfrist wird durch das Präsidium festgelegt. Die Auswahl trifft die vom Präsidium beauftragte Stelle. Weitergehende Vereinbarungen bleiben hiervon unberührt.

(2) Die Frühstudierenden behalten ihren Status als Schülerinnen und Schüler. Sie erhalten keinen Studierendenstatus und haben somit keinen Anspruch auf die Privilegien und sonstigen Rechte ordentlicher Studierender.

(3) Die Frühstudierenden werden von Fachmentorinnen und Fachmentoren der TUHH begleitet und betreut.

(4) Erbrachte Studienleistungen können auf Antrag bei einem späteren Studium an der TUHH anerkannt werden.

(5) Das Frühstudium beginnt in der Regel im Wintersemester. Es dauert bis zu zwei Semester. Eine Verlängerung ist möglich.

§ 33

Außeruniversitäres Studienvorbereitungssemester für ausländische Studierende (SPRINT)

(1) Ausländische Studienbewerberinnen und Studienbewerber (Bildungsausländer/innen) können auf Antrag im Sommersemester für ein außeruniversitäres Studienvorbereitungssemester als Studierende immatrikuliert werden. Die Immatrikulation in das Studienvorbereitungssemester setzt voraus, dass keine Versagungsgründe nach § 41 HmbHG vorliegen. Bei unregelmäßiger Teilnahme an den Veranstaltungen oder Abbruch der Maßnahme erfolgt die Rücknahme der Immatrikulation.

(2) Bewerberinnen und Bewerber müssen über eine für das im Anschluss an das Studienvorbereitungssemester gewünschte Fachstudium erforderliche Hochschulzugangsberechtigung verfügen. § 1 Absatz 1 Nummer 1 und § 2 Absatz 1 Nummern 1 und 2 und Absatz 3 gelten entsprechend. Es sind ferner Kenntnisse der deutschen Sprache mindestens auf dem Niveau B 2.2 nach dem Europäischen

Referenzrahmen nachzuweisen. Der Sprachnachweis sollte in der Regel nicht älter sein als zwei Jahre.

(3) Die Antragsfrist für das Studienvorbereitungssemester endet am 15. Januar des Jahres. Die TUHH bestimmt Form und Inhalt des Bewerbungsantrags sowie der beizufügenden Unterlagen. § 25 gilt entsprechend.

(4) Aus der Immatrikulation leitet sich kein Anspruch auf einen Studienplatz in einem Studiengang nach den §§ 52 und 54 HmbHG ab. Es besteht kein Prüfungsanspruch in den Studiengängen der TUHH. Weitergehende Vereinbarungen bleiben hiervon unberührt.

§ 34

Studienvorbereitungssemester (SVS_P) für die Master-Studiengänge zur Durchführung eines außeruniversitären Praktikums (PraxisPlus)

(1) Studienbewerberinnen und Studienbewerber für die Master-Studiengänge der TUHH können auf Antrag für ein Studienvorbereitungssemester als Studierende immatrikuliert werden. § 2 Absatz 1 Nummern 1 und 2 und Absatz 3 sowie § 17 Absatz 5 dieser Satzung gelten entsprechend. Bewerbungsschluss ist der 15. Januar des Jahres.

(2) Mit dem Zugang zum Studienvorbereitungssemester wird eine Zulassung in einen auf das Studienvorbereitungssemester folgenden örtlich zulassungsbeschränkten Masterstudiengang nicht präjudiziert.

(3) Das Studienvorbereitungssemester wird nicht auf die Studienzeit angerechnet. Mit Leistungspunkten versehene Prüfungen dürfen nicht absolviert werden.

§ 34a

aufgehoben

§ 35

Exmatrikulation

(1) Mit der Aushändigung eines Zeugnisses über die bestandene Abschlussprüfung ist grundsätzlich die Exmatrikulation vorzunehmen.

(2) Studierende sind zu exmatrikulieren, wenn sie

1. dies beantragen,
2. die Immatrikulation durch Zwang, arglistige Täuschung oder Bestechung herbeigeführt haben,
3. das Studium nach § 44 HmbHG nicht fortsetzen können und den Studiengang nicht nach § 43 Absatz 2 HmbHG wechseln können oder wechseln wenn sie gemäß § 60 Absatz 6 HmbHG ihren Prüfungsanspruch verloren haben,
4. auf Grund eines rechtswidrigen Zulassungsbescheides immatrikuliert worden sind und der Zulassungsbescheid zurückgenommen wird,
5. auf Grund eines mit einer Befristung oder Bedingung versehenen Zulassungsbescheides immatrikuliert worden sind und die Zulassung deshalb erlischt,
6. bis zum Ende der Rückmeldefrist keine ausreichende Krankenversicherung nachgewiesen haben,
7. die in § 51 Absatz 2 Satz 2 HmbHG festgelegte Verpflichtung zur Teilnahme an der Studienfachberatung nicht erfüllt haben.
8. ihr Studium über einen längeren Zeitraum nicht betreiben; diese Voraussetzung ist in der Regel erfüllt, wenn die doppelte Regelstudienzeit zuzüglich zweier Semester überschritten wurde oder in vier aufeinander folgenden

Semestern kein Leistungsnachweis erbracht wurde, wobei Zeiten einer Beurlaubung nicht eingerechnet werden. In Fällen einer besonderen persönlichen Härte soll von der Exmatrikulation abgesehen werden; bei der Entscheidung sind erhebliche Erschwernisse beim Studium auf Grund einer Behinderung, durch die Pflege und Erziehung eines Kindes unter vierzehn Jahren, durch die Pflege einer oder eines nahen Angehörigen sowie durch vergleichbar schwerwiegende Umstände angemessen zu berücksichtigen.

(3) Studierende können exmatrikuliert werden, wenn

1. nach der Immatrikulation Tatsachen bekannt werden oder eintreten, die zur Versagung der Immatrikulation führen können,
2. sie sich zu Beginn eines Semesters nicht fristgerecht zum Weiterstudium angemeldet haben (Rückmeldung),
3. sie der TUHH durch schweres schuldhaftes Fehlverhalten erheblichen Schaden zugefügt haben; die Entscheidung wird von einem Ausschuss getroffen, den der Akademische Senat einsetzt und dem zu gleichen Teilen Mitglieder des Akademischen Senates und des Präsidiums angehören; das Nähere regelt die TUHH durch Satzung,
4. sie die zu entrichtenden Gebühren oder Beiträge trotz Mahnung und Fristsetzung mit Androhung der Maßnahme nicht entrichtet haben,
5. sie sich wiederholt oder in einem besonders schweren Fall bei einer schriftlichen Prüfungsarbeit oder bei einer wissenschaftlichen Tätigkeit eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens schuldig gemacht haben.

§ 36

aufgehoben

Hamburg, den 27. Februar 2013,
zuletzt geändert am 31. Juli 2024 und 25. September 2024

Technische Universität Hamburg

Amtl. Anz. S. 328

Anhänge zur Satzung

Anhang 1

Mindestsprachanforderungen für die Studiengänge der TUHH

Anhang 2

Deutschsprachige Master-Studiengänge

Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in den Studiengängen Bauingenieurwesen, Bioverfahrenstechnik, Energietechnik, Informatik-Ingenieurwesen, Internationales Wirtschaftsingenieurwesen, Logistik, Infrastruktur und Mobilität, Luftfahrttechnik, Medizingenieurwesen, Produktentwicklung, Werkstoffe und Produktion, Regenerative Energien, Schiffbau und Meerestechnik, Theoretischer Maschinenbau, Verfahrenstechnik, Wasser- und Umweltingenieurwesen

Englischsprachige Master-Studiengänge

Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in den Studiengängen Chemical and Bioprocess Engineering, Computer Science, Data Science, Electrical Engineering and Information Technology, Environmental Engineering, Information and Communication Systems, Joint Master in Global Technology and Innovation Management and Entrepreneurship, Materials Science and Engineering,

Mechanical Engineering and Management, Mechatronik, Microelectronics and Microsystems, Technology Management (Master of Arts), Technology Management (Master of Business Administration)

Anhang 3

Richtlinien für Härtefallanträge und Hinweise auf erforderliche Belege im Rahmen des Zulassungsverfahrens an der TUHH

Anhang 1

„Mindestsprachanforderungen für die Studiengänge der TUHH zur Satzung über das Studium an der TUHH“ vom 27. Februar 2013

A: Unterrichtssprache Deutsch:

1. der „Test Deutsch als Fremdsprache“ (TestDaF), sofern in allen Testteilen mindestens die Niveaustufe 3 und insgesamt der Wert 16 erreicht worden ist (siehe www.testdaf.de) oder
2. die bestandene „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang“ (mindestens DSH-2) oder
3. eine Hochschulzugangsberechtigung, die an einer deutschen Schule im Ausland (deutsche Hochschulzugangsberechtigung) bzw. an einer Regelschule in der Bundesrepublik Deutschland erworben wurde, oder
4. das Zeugnis über die bestandene Feststellungsprüfung/Abschlussprüfung an einem deutschen Studienkolleg oder
5. das Zeugnis einer erfolgreichen Abschlussprüfung eines deutschsprachigen Studienganges an einer deutschen Universität oder Fachhochschule oder
6. das „Deutsche Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz – Zweite Stufe“ (DSD II) oder
7. das „Goethe-Zertifikat C2: Großes Deutsches Sprachdiplom (GDS)“ oder
8. das Zeugnis „telc Deutsch C1 Hochschule“ oder
9. ein nach RO-DT äquivalenter Nachweis

B: Unterrichtssprache Englisch und anteilig Englisch:

B1: Unterrichtssprache Englisch:

1. ein gültiges TOEFL-Ergebnis (Mindestpunktzahl 577 [pBT] oder 90 [iBT]) oder
2. ein gültiges IELTS-Academics-Ergebnis (mindestens 6.5 Punkte) oder
3. ein gültiges Cambridge Certificate of Proficiency in English oder
4. ein gültiges Cambridge Certificate in Advanced English oder
5. ein gültiges „telc English C1“-Ergebnis oder
6. ein gültiges „UNICert English level III“-Ergebnis
7. erfolgreicher Abschluss eines vollständig englischsprachigen Bachelorstudiengangs an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland (Bestätigung durch die ausstellende Hochschule)

B2: Unterrichtssprache anteilig Englisch:

1. ein gültiges TOEFL-Ergebnis (Mindestpunktzahl 72 [iBT]) oder
2. ein gültiges IELTS-Academics-Ergebnis (mindestens 5.0 Punkte) oder
3. ein gültiges Cambridge First Certificate in English (FCE) oder

4. ein gültiges „telc English B2“-Ergebnis oder
 5. ein gültiges „UNICert English level II“-Ergebnis oder
 6. Nachweis der GER-Niveaustufe B2 mit mindestens 5 Punkten im Durchschnitt in den letzten beiden Schulhalbjahren im Abiturzeugnis gemäß Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 07.07.1972 i. d. F. vom 18.02.2021). Weist das Abiturzeugnis noch keine Zeugnisbemerkung auf, gilt der Nachweis als erbracht, sofern mindestens 5 Punkte im Durchschnitt in den letzten beiden Schulhalbjahren erreicht wurden.
7. erfolgreicher Abschluss eines vollständig englischsprachigen Bachelorstudiengangs an einer Hochschule in der Bundesrepublik Deutschland (Bestätigung durch die ausstellende Hochschule)

C: Für die Studiengänge zu erbringende Nachweise

C1: Studiengänge, die zu dem Abschluss „Bachelor of Science“ führen

lfd. Nr.	Studiengang	Sprachnachweis Deutsch gemäß A	Sprachnachweis Englisch gemäß B1	Sprachnachweis anteilig Englisch gemäß B2
1	Allgemeine Ingenieurwissenschaften (7 Semester)	X		
2	Bau- und Umweltingenieurwesen	X		
3	Chemie- und Bioingenieurwesen	X		
4	Computer Science	X		X
5	Data Science	X		X
6	Elektrotechnik und Informationstechnik	X		
7	Engineering Science	Für das Studium einer nicht vollständig auf Englisch studierbaren Vertiefung: „Test Deutsch als Fremdsprache“ (TestDaF) mit mindestens der Niveaustufe 3 in allen Testteilen oder „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang“ (mindestens DSH-1). Dieser Nachweis ist spätestens bei der Wahl einer entsprechenden Vertiefung zu erbringen.	X	
8	Green Technologies: Energie, Wasser, Klima	X		
9	Informatik-Ingenieurwesen	X		
10	Maschinenbau	X		
11	Mechatronik	X		
12	Schiffbau	X		
13	Technomathematik	X		
14	Wirtschaftsingenieurwesen – Fachrichtung Logistik und Mobilität	X		

C2: Studiengänge, die zu dem Abschluss „Master of Science“ führen

lfd. Nr.	Studiengang	Sprachnachweis Deutsch gemäß A	Sprachnachweis Englisch gemäß B1	Sprachnachweis anteilig Englisch gemäß B2
1	Bauingenieurwesen	X		
2	Bioverfahrenstechnik	X		
3	Computer Science		X (Bewerberinnen und Bewerber, die ein konsekutives Bachelorstudium zum Master-Studiengang „Computer Science“ an der TU absolviert haben, sind von dem Erfordernis des Sprachnachweises ausgenommen. Für Bewerberinnen und Bewerber mit einem nicht in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Länder Liechtenstein, Island und Norwegen erworbenen Abschluss in einem grundständigen Studiengang gelten zusätzlich die Anforderungen aus § 2 Absatz 3 der Satzung über das Studium)	
4	Electrical Engineering and Information Technology		X (Bewerberinnen und Bewerber, die ein konsekutives Bachelorstudium zum Master-Studiengang „Elektrotechnik“ an der TU absolviert haben, sind von dem Erfordernis des Sprachnachweises ausgenommen. Für Bewerberinnen und Bewerber mit einem nicht in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Länder Liechtenstein, Island und Norwegen erworbenen Abschluss in einem grundständigen Studiengang gelten zusätzlich die Anforderungen aus § 2 Absatz 3 der Satzung über das Studium)	
5	Energietechnik	X		
6	Informatik-Ingenieurwesen	X		
7	Internationales Ingenieurwesen	X	X	
8	Logistik, Infrastruktur und Mobilität	X		
9	Luftfahrttechnik	X		
10	Mediziningenieurwesen	X		
11	Produktentwicklung, Werkstoffe, Produktion	X		
12	Regenerative Energien	X		
13	Schiffbau und Meerestechnik	X		

lfd. Nr.	Studiengang	Sprachnachweis Deutsch gemäß A	Sprachnachweis Englisch gemäß B1	Sprachnachweis anteilig Englisch gemäß B2
14	Theoretischer Maschinenbau	X		
15	Verfahrenstechnik	X		
16	Wasser- und Umweltingenieurwesen	X		

C3: international ausgerichtete Master-Studiengänge

lfd. Nr.	Studiengang	Abschluss	Sprachnachweis Deutsch gemäß A	Sprachnachweis Englisch gemäß B1	Sprachnachweis anteilig Englisch gemäß B2
1	Chemical and Bioprocess Engineering	Master of Science		X	
2	Data Science	Master of Science		X	
3	Environmental Engineering	Master of Science		X	
4	Information and Communication Systems	Master of Science		X	
5	Joint Master in Global Innovation Management and Entrepreneurship	Master of Science		X	
6	Materials Science and Engineering	Master of Science		X	
7	Mechanical Engineering and Management	Master of Science		X	
8	Mechatronics	Master of Science		X	
9	Microelectronics and Microsystems	Master of Science		X	
10	Technology Management	Master of Arts		X	

C4: weiterbildende Master-Studiengänge

lfd. Nr.	Studiengang	Abschluss	Sprachnachweis Deutsch gemäß A	Sprachnachweis Englisch gemäß B1	Sprachnachweis anteilig Englisch gemäß B2
1	Digitaler Journalismus	Executive Master of Arts in Journalism (EMAJ)	X		
2	Technology Management	Master of Business Administration (MBA)		X	

Anhang 2 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in den Studiengängen

Anhang 2.1 Deutschsprachige Master-Studiengänge

Anhang 2.1.1 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Bauingenieurwesen

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis, Lineare Algebra, Differentialgleichungen optional ergänzt durch Statistik, numerische Mechanik oder Programmierung	18
	Gesamt	18
Mechanik	Stereostatik/Elastostatik	10
	Hydromechanik/Hydraulik/Hydrostatik	2
	Gesamt	12

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Baustoffkunde	6
	Baustatik	6
	Bodenmechanik	3
	Grundbau	3
	Stahlbau	6
	Stahlbetonbau	6
	Wasserbau	3
	Bauphysik/Baukonstruktion	6
	Chemie	3
	Betriebswirtschaft und Rechtslehre	4
	Gesamt	46

Anhang 2.1.2 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Bioverfahrenstechnik

Anforderungsbereich	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	16
Mikrobiologische und biotechnologische Grundlagen	18
Naturwissenschaftliche Grundlagen (Chemie, Physik, Thermodynamik etc.)	16
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	20
	Gesamt
	70

Anhang 2.1.3 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Energietechnik

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis	12
	Lineare Algebra	8
	Gewöhnliche Differentialgleichungen	4
	Gesamt	24
Mechanik	Stereostatik	6
	Elastostatik	6
	Hydromechanik, Kinematik und Kinetik des starren Körpers	3
	Analytische Mechanik, Schwingungen, Mehrkörperdynamik	3
	Gesamt	18
Fachspezifische Grundlagen	Wärmeübertragung	6
	Kolbenmaschinen	6
	Gesamt	12
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Elektrotechnik	6
	Strömungsmechanik	6
	Informatik	6
	Konstruktionslehre, Produktentwicklung, Konstruktionsprojekte, Fertigungstechnik	18
	Messtechnik	6
	Thermodynamik	12
	Regelungstechnik	6
	Werkstoffwissenschaft	6
Gesamt	66	

Anhang 2.1.4 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Informatik-Ingenieurwesen

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis	8
	Lineare Algebra	8
	Diskrete Mathematik	6
	Stochastik	6
	Gesamt	28
Technische Informatik	Rechnerorganisation und -aufbau	6
	Rechnernetze	6
	Gesamt	12
Praktische Informatik	Programmierung	12
	Algorithmen und Datenstrukturen	6
	Gesamt	18
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Elektrotechnik	12
	Regelungstechnik	6
	Systemtheorie	6
	Gesamt	24

Anhang 2.1.5 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Internationales Wirtschaftsingenieurwesen

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis, Lineare Algebra, Statistik	14
	Gesamt	14
Mechanik	Stereostatik, Elastostatik, Hydrostatik, Dynamik	10
	Gesamt	10
Ökonomie	Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, ggf. Recht (Grundkonzepte der BWL, z. B. Rechnungswesen, Management; Grundkonzepte der VWL, z. B. Mikro- oder Makroökonomie; rechtliche Grundlagen, z. B. Wirtschaftsrecht, bürgerliches Recht)	8
	Gesamt	8
Vertiefte Kenntnisse in einer ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtung erforderlich	Bauingenieurwesen	40
	Elektrotechnik	40
	Energie- und Umwelttechnik	40
	Informationstechnologie	40
	Logistik	40
	Luftfahrtssysteme	40
	Mechatronik	40
	Maschinenbau/Produktentwicklung und Produktion	40
	Regenerative Energien	40
	Schiffbau	40
	Umwelttechnik	40
	Verfahrenstechnik und Biotechnologie	40
Gesamt (da nur eine Vertiefung gefordert)	40	

Anhang 2.1.6 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Logistik, Infrastruktur und Mobilität

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik, Informatik	Analysis, Lineare Algebra, Statistik	18
	Informatik, Geoinformationssysteme (GIS), Simulationsmethoden	5
	Gesamt	23
Ökonomie	BWL, VWL (Grundkonzepte der BWL und VWL, bspw. Rechnungswesen, Controlling, Marketing, Management, Operations Research, Makroökonomie)	12
	Gesamt	12

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Ingenieurwiss. Grundlagen Logistik und Mobilität (Kenntnisse in mindestens <u>einem</u> Anwendungsbereich erforderlich)	Anwendungsbereich „Produktion und Logistik“ z. B.	30
	<i>Verkehrslogistik, Transportlogistik</i>	
	<i>Beschaffungslogistik</i>	
	<i>Materialflusstechnik, Fördertechnik, Lagerorganisation</i>	
	<i>Fertigungstechnik</i>	
	<i>Produktionslogistik</i>	
	<i>Verkehrswirtschaft, Transportwirtschaft</i>	
	<i>Bachelorarbeit in diesem Bereich*</i>	30
	Anwendungsbereich „Infrastruktur und Mobilität“ z. B.	
	<i>Verkehrsplanung, Mobilität</i>	
	<i>Verkehrstechnik</i>	
	<i>Bahnverkehr, öffentliche Verkehrstechnik</i>	
	<i>Luftverkehr</i>	
	<i>Seeverkehr</i>	
	<i>Wirtschaftsverkehr, Güterverkehr</i>	
	<i>Stadtplanung/räumliche Planung</i>	
	<i>Bachelorarbeit in diesem Bereich*</i>	
Gesamt	30	

* Bei eindeutiger thematischer Zuordnung der Bachelorarbeit zu einem der Anwendungsbereiche „Produktion und Logistik“ oder „Infrastruktur und Mobilität“ können die ECTS der Bachelorarbeit berücksichtigt werden.

Anhang 2.1.7 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Luftfahrttechnik

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis	12
	Lineare Algebra	8
	Differentialgleichungen	4
	Gesamt	24
Mechanik	Stereostatik	6
	Elastostatik	6
	Hydromechanik, Kinematik und Kinetik des starren Körpers	6
	Analytische Mechanik, Schwingungen, Mehrkörperdynamik	6
	Gesamt	24
Thermodynamik	Grundbegriffe, Erster und Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik	6
	Kreisprozesse, Gas-Dampf-Gemische, Verbrennungsprozesse	6
	Gesamt	12
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Elektrotechnik	6
	Strömungsmechanik	6
	Informatik	6
	Konstruktionslehre	24
	Messtechnik	6
	Regelungstechnik	6
	Werkstoffwissenschaft	6
	Gesamt	60
Mechatronische Grundlagen	Grundlagen mechatronischer Systeme	3
	Systemsimulation	3
	Gesamt	6

Anhang 2.1.8 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Medizingenieurwesen

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis und Lineare Algebra	16
	Höhere Analysis und Formenkalkül	4
	Differentialgleichungen	4
	Gesamt	24
Mechanik	Stereostatik	6
	Elastostatik	6
	Hydromechanik, Kinematik und Kinetik des starren Körpers	6
	Analytische Mechanik, Schwingungen, Mehrkörperdynamik	6
	Gesamt	24
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Elektrotechnik	6
	Konstruktion, Produktentwicklung, Fertigungstechnik	24
	Informatik	6
	Werkstoffwissenschaft	6
	Hydrodynamik	6
	Messtechnik	6
	Regelungstechnik	6
	Gesamt	60
Grundlagen Medizingenieurwesen	Biomechanik des Bewegungsapparats	3
	Anatomie, Physiologie, Biochemie und Molekularbiologie	6
	Bildgebung	3
	Gesamt	12

Anhang 2.1.9 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Produktentwicklung, Werkstoffe und Produktion

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis und Lineare Algebra	16
	Höhere Analysis und Formenkalkül	4
	Differentialgleichungen	4
	Gesamt	24
Mechanik	Stereostatik	6
	Elastostatik	6
	Hydromechanik, Kinematik und Kinetik des starren Körpers	6
	Analytische Mechanik, Schwingungen, Mehrkörperdynamik	6
	Gesamt	24
Thermodynamik	Grundbegriffe, Erster u. Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik	6
	Kreisprozesse, Gas-Dampf-Gemische, Verbrennungsprozesse	6
	Gesamt	12
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Elektrotechnik	6
	Fertigungstechnik	6
	Hydrodynamik	6
	Informatik	6
	Konstruktionslehre	12
	Konstruktionsprojekte, Gestalten und CAD	12
	Messtechnik	6
	Regelungstechnik	6
	Werkstoffwissenschaft	6
	Eines der Themengebiete: Methodische und integrierte Produktentwicklung Produktionstechnologie oder vertiefte Werkstoffwissenschaften	6
	Gesamt	72

Anhang 2.1.10 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Regenerative Energien

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis und Lineare Algebra	16
	Höhere Analysis	4
	Differentialgleichungen	4
	Gesamt	24
Mechanik	Statik, Elastostatik	6
	Dynamik	6
	Gesamt	12
Thermodynamik	Grundbegriffe, Erster u. Zweiter Hauptsatz der Thermodynamik	6
	Kreisprozesse, Gas-Dampf-Gemische, Verbrennungsprozesse	6
	Gesamt	12
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Chemie, Werkstoffwissenschaften	12
	Elektrotechnik (Grundlagen, elektrische Maschinen)	12
	Regelungstechnik	6
	Konstruktives Gestalten	6
	Informatik	6
	Strömungsmechanik	6
	Messtechnik	6
	Wärme- und Stoffübertragung	6
	Wärmekraftwerke	6
	Energiesysteme und Energiewirtschaft	6
Gesamt	72	

Anhang 2.1.11 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Schiffbau und Meerestechnik

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis	12
	Lineare Algebra	8
	Gewöhnliche und partielle Differentialgleichungen	7
	Komplexe Funktionen	3
	Gesamt	30
Mechanik	Stereostatik	6
	Elastostatik	6
	Hydromechanik, Kinematik und Kinetik des starren Körpers	6
	Analytische Mechanik, Schwingungen, Mehrkörperdynamik	6
	Gesamt	24
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	Elektrotechnik	6
	Konstruktionslehre, Fertigungstechnik	18
	Informatik	6
	Werkstoffwissenschaft	6
	Gesamt	36
Grundlagen Schiffbau	Hydrostatik und Liniennriss	6
	Strömungsmechanik (reibungsfreie, laminare & turbulente Strömung; math./physik. Modellierung)	6
	Numerische Thermofluidynamik (Theorie & Numerik partieller (Integro-)Differentialglg., CFD)	6
	Entwerfen von Schiffen (Spezifikation; Liniennentwurf; Raum- und Masseverteilung; Stabilität)	6
	Widerstand und Propulsion (Glattwasser- und Zusatzwiderstand; Versuchswesen; Probefahrt)	6
	Schiffskonstruktion (Zeichnungen; Schiffselemente; lokale Bemessung; Längsfestigkeit)	9
	Grundlagen der Strukturanalyse von Schiffen (Balkenstatik (FE); Schubaufnahme; Torsion)	8
	Schiffsdynamik (Manövrieren, Bewegung in Wellen, regel- u. unregelmäßiger Seegang)	7
	Grundlagen des Schiffsmaschinenbaus	6
Gesamt	60	

Anhang 2.1.12 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Theoretischer Maschinenbau

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Lineare Algebra	8
	Analysis	12
	Gewöhnliche Differentialgleichungen	4
	Numerische Mathematik oder Komplexe Funktionen & Partielle Differentialgleichungen	6
	Gesamt	30
Mechanik	Stereostatik	6
	Elastostatik, Energiemethoden	6
	Dynamik: Kinematik und Kinetik starrer Körper, Schwingungen	6
	Numerische Mechanik: Analytische Mechanik, Mehrkörpermechanik, Strukturmechanik	6
	Strömungsmechanik	6
Gesamt	30	
Modellierung Simulationstechnik	Modellierung, Simulation, Optimierung	6
	Gesamt	6
Regelungstechnik	Grundlagen der Regelungstechnik	6
	Gesamt	6
Ingenieurwiss. Grundlagen	Fertigungstechnik Konstruktionslehre, Produktentwicklung Konstruktionsprojekte Messtechnik Werkstoffwissenschaft	48
	Thermodynamik	12
	Elektrotechnik, Informatik	12
	Gesamt	72

Anhang 2.1.13 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Verfahrenstechnik

Anforderungsbereich	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	20
Mechanik	10
Thermodynamik	15
Ingenieurwissenschaftliche Grundlagen	25
Gesamt	70

Anhang 2.1.14 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Wasser- und Umweltingenieurwesen

Bereich	Anforderung	Vorausgesetzte Leistungspunkte
Mathematik	Analysis, Lineare Algebra, Differentialgleichungen, Statistik, numerische Mathematik, Programmierung	12
	Gesamt	12
Mechanik	Stereostatik, Elastostatik, Hydrostatik, Kinematik, Kinetik, Hydromechanik, Hydraulik, Strömungsmechanik	12
	Gesamt	12
Naturwissenschaftliche Grundlagen	Physik, Chemie, Biologie	10
	Gesamt	10
Grundlagen aus dem Bereich Wasser-, Abfall-, Umwelt- und, oder Energi- ingenieurwesen	Wasserbau, Gewässerkunde, Limnologie, Hydrologie, Wasserver- sorgung, Wasserwirtschaft, Grundwasserhydrologie, Abwasser- wirtschaft, Abfallwirtschaft, Kreislaufwirtschaft, Abfallmanage- ment, Recyclingtechnik, Energietechnik, Wärme- und Stoffüber- tragung, Bodenhydrologie, Bodenkunde, Altlastsanierung, Geoinformationssysteme, Geotechnik Verkehrsplanung, Ver- kehrstechnik	30
	Gesamt	30

Anhang 2.2 Englischsprachige Master-Studiengänge

Anhang 2.2.1 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Chemical and Bioprocess Engineering

Specific Requirements for the International Master Program “Chemical & Bioprocess Engineering“

Applicants should hold a Bachelor's or equivalent degree in Chemical Engineering or Biotechnology. The ideal candidate should have a solid education in the foundations of

these disciplines. For orientation, core courses and topics taught in the corresponding Bachelor Programs at TUHH are given in the table below.

Field	Requirements	CP
Math	Analysis (e.g. Functions, Sequences and Series, Taylor Series, Calculus, Error Analysis, Power Series, Integration, Periodic Functions, Fourier Series, Multi-Variable Calculus, Mean Value Theorems, Taylor's Theorem, Maximum and Minimum Values, Implicit Functions, Newton's Method, Double-, Line- and Surface Integrals)	12
	Linear Algebra (e.g. Vectors and Vector Calculus, Vector Spaces, Systems of Linear Equations, Linear Mappings, Linear Regression, Eigenvectors and Eigenvalues, System of Linear Differential Equations)	8
	Differential Equations (e.g. Initial Value Problems, Boundary Value Problems, Eigenvalue Problems, Numerical Methods for Initial and Boundary Value Problems, Partial Differential	4
	Total	24
Chemistry & Physics	General and Inorganic Chemistry (e.g. Molecular Orbital Theory, Interactions in Gas-, Liquid and Solid Phase, Chemical Equilibrium, Acid-Base Reactions, pH Calculations, Redox Reactions, Nernst Equation)	3
	Organic Chemistry (e.g. Saturated and Unsaturated Hydrocarbons, Aromatic Compounds, Alcohols and Phenols, Ethers, Aldehydes, Ketones, Carboxylic Acids, Esters, Amines, Amides, Amino Acids, Organic Reactions like Substitutions,	3
	Physical Chemistry (e.g. State Variables and State Equations, Laws of Thermodynamics, Phase Equilibria, Chemical Equilibria, Equilibria at Surfaces and Interfaces, Chemical Kinetics,	3
	Physics (e.g. One- and Multidimensional Kinematics, Dynamics, Gravitation, Work and Energy, Momentum, Rotational Motion, Conservation Laws, Oscillatory Motion)	3
Total	12	
Thermodynamics	Technical Thermodynamics (e.g. Thermal Equilibrium and Temperature, Heat and Work, First Law for Closed and Open Systems, Changes of State, Carnot Process, Entropy, Exergy, Fundamental Equations of Thermodynamics, Thermodynamic Potentials, Caloric State Variables and Equations, Gas-Vapor Mixtures, Cycle Processes, Combustion Processes)	6
	Multi-Phase, Multi-Component Thermodynamics (e.g. Thermodynamics of Mixtures, Chemical Potential, Fugacity, Phase Equilibria, Vapor Pressure, Gibb's Phase Rule, Virial Equations, van-der-Waals Equation, Mixing Properties, GE-Models, Vapor-Liquid Equilibria, Gas-Liquid Equilibria, Solid-Liquid Equilibria, Liquid-Liquid Equilibria)	3
Total	9	
Fundamentals of Chemical Engineering	Fundamentals of Fluid Mechanics (e.g. Fluid Properties, Hydrostatics, Theory of Streamline, Conservation Equations, Navier Stokes Equations, Irrotational Flows, Flow around Bodies, Turbulent Flow, Compressible Flow)	3
	Heat and Mass Transfer (e.g. Heat Conduction, Convective Heat Transfer, Non-Steady Heat Conduction, Thermal Radiation, Diffusion, Boundary Layer Theory, Non-Steady Mass Transfer, Heat and Mass Transfer on Single Particles and in Fixed Beds, Mass Transfer and Chemical Reactions)	3
	Thermal Separation Processes (e.g. Distillation, Extractive and Azeotropic Distillation, Water Vapor Distillation, Extraction, Drying, Chromatographic Separation, Membrane Separation, Energy Demand of Separation Processes)	3
	Chemical Reaction Engineering (e.g. Fundamentals of Stoichiometry, Chemical Thermodynamics and Reaction Kinetics, Mole Balance, Isothermal Ideal Reactors, Batch Reactor, Semi-Batch Reactor, Continuously Stirred Tank Reactor, Plug Flow Reactor, Heat Balance, Non-Isothermal Ideal Reactors, Stability Behaviour of Wall-Cooled CSTR's,	3
	Process and Plant Engineering (e.g. Structure and Operation of Production Plants, Technical Process Design, Motivation and Targets of Process Development, Life Cycle of Production Plants, Mass and Energy Balances, Graphical Representation of Processes, Multidimensional Regression, Process Synthesis, Process Safety, Cost Estimation)	3
	Total	15
Fundamentals of Bioprocess Engineering	Fundamentals of Bioprocess Engineering (e.g. Enzyme Kinetics, Stoichiometry, Microbial Growth Kinetics, Kinetics of Substrate Consumption and Product Formation, Rheology, Transport Processes in Bioreactors, Technology of Sterilization, Bioprocess Management, Downstream Technology in	3
	Biochemistry and Molecular Biology (e.g. Amino Acids, Peptides, Proteins, Carbohydrates, Lipids, Protein Functions, Enzymes, Cofactors, Cosubstrates, Vitamines, Metabolism, Prokaryotic Cell, Microorganisms)	3
Total	6	
SUM		66

Anhang 2.2.2 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Computer Science

Specific Requirements for the Master Program "Computer Science"

Field	Requirement	Required CP
Mathematics	Linear Algebra	8
	Analysis	8
	Discrete Mathematics	6
	Stochastics	6
	Total	28
Technical Computer Science	Computer organization and structure	6
	Computer networks	6
	Total	12
Practical Computer Science	Programming	6
	Algorithms and data structures	6
	Operating Systems	6
	Software engineering	6
	Total	24
Theoretical Computer Science	Automata Theory and Formal Languages	6
	Computability and Complexity	6
	Graph Theory	6
	Total	18

Anhang 2.2.3 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Data Science

Specific Requirements for the International Master Program "Data Science"

Field	Requirement	Required CP
Mathematics	Linear Algebra	6
	Analysis	6
	Discrete Mathematics	6
	Stochastics	6
	Statistics or Numerical Mathematics	6
	Total	30
Computer Science and Data Science	Programming	12
	Algorithms and Data Structures	6
	Theoretical Computer Science (Automata theory, Computability and/or Complexity Theory)	6
	Machine Learning and Data Mining	12
	Total	36

Anhang 2.2.4 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Electrical Engineering and Information Technology

Specific Requirements for the Master Program "Electrical Engineering and Information Technology"

Field	Requirement	Required CP
Mathematics	Theory and numerics of partial differential equations, complex functions, function theory, conformal mappings, integral transformations	6
	Total	6
Theoretical Engineering	Theory of quasi-stationary and fully dynamic electromagnetic fields (classical electrodynamics), shields, waveguides, antennas	6
	Total	6
Electrical Engineering	Fundamentals of Control Systems	12 (in 2 out of the 6 listed requirements)
	Semiconductor Circuit Design	
	Electronic Devices	
	Electrical Power Systems	
	Signals and Systems	
	Communications and Random Processes	
Total	12	

Anhang 2.2.5 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Environmental Engineering

Specific Requirements for the International Master Program “Environmental Engineering“

A Bachelor’s degree or equivalent, at a second-class (upper) level or higher, in an engineering, science or technology subject like e.g. Environmental Engineering, Civil Engineering and/or Chemical Engineering.

- A minimum total of 18 credits (ECTS) earned in mathematics (including mechanics and/or statistics)
- A minimum of 24 ECTS engineering related topics, especially water, waste or energy related engineering topics
- A minimum of 6 ECTS in biology, ecology and/or other basics of natural sciences

- A minimum of 6 ECTS in chemistry and/or bio-chemistry

ECTS (European Credit Transfer System) credits are based on the workload students need in order to achieve expected learning outcomes. Workload indicates the time students typically need to complete all learning activities (such as lectures, seminars, projects, practical work, self-study and examinations) required to achieve the expected learning outcomes. 60 ECTS credits are attached to the workload of a fulltime year of formal learning (academic year) and the associated learning outcomes. 1 ECTS credit corresponds to 30 hours of work load.

Anhang 2.2.6 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Information and Communication Systems

Specific Requirements for the International Master Program „Information and Communication Systems“

Field	Requirements	Required CP
Mathematics	Analysis, Linear Algebra, Statistics, Optimization, Discrete Mathematics	16
	Total	16
Telecommunications, Computer Science, and Engineering	Telecommunications (e.g. field theory, antennas, communication engineering, computer networks)	74 ¹
	Signal Processing (e.g. digital signal processing, filters)	
	Software (e.g. programming, software engineering, software analysis, data mining, operating systems)	
	Computer Science (e. g. algorithms, formal languages, logic, computer architectures, state machines, distributed systems, embedded systems)	
	Engineering and Natural Science (e.g. system theory, mechanics, control theory, physics)	
	Total	74

¹ In these subjects at least 74 credit points are required in total

Anhang 2.2.7 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Joint Master in Global Technology and Innovation Management and Entrepreneurship

Specific Requirements for the International Master Program “Joint Master in Global Technology and Innovation Management and Entrepreneurship “

A Bachelor’s or equivalent degree from a recognized university in engineering, science and technology, business engineering, business administration (including business

informatics, business mathematics and business geography) or economics, as well as a good previous academic performance are required for admission.

Anhang 2.2.8 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Materials Science and Engineering

Specific Requirements for the International Master Program “Materials Science and Engineering“

Admission requires a recognized bachelor’s degree or equivalent university degree in a course of study of at least 6 semesters, which must be a fundamental engineering science course or a natural science course. Basic education in materials science is additionally required.

tioned subjects, the total credits of the bachelor’s program amount to 100 ECTS for European courses. For applicants from other countries, those same subjects must cover at least 50% of the subject-specific curriculum in their bachelor course.

Sufficient knowledge of the fundamental science and engineering subjects of physics, chemistry and mathematics, materials science, fundamentals of engineering (mechanics, thermodynamics, electrical engineering), and programming is required as a prerequisite. In the aforemen-

The institution issuing the bachelor’s degree must be an internationally recognized academic institution. The national and international academic rankings of the institution and the student’s academic performance will enter the decision on admissibility.

Anhang 2.2.9 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Mechanical Engineering and Management

Specific Requirements for the International Master Program “Mechanical Engineering and Management“

Field	Requirements	Required CP
Mathematics	Foundations of differential and integral calculus of one and several variables: convergence of sequences and series; continuous and differentiable functions; power series and elementary functions; integration theory in one variable (proper + improper integrals, fundamental theorem, integration rules, parameter dependent integrals); integrals over general regions; periodic functions and Fourier series; implicit functions; minimization under equality constraints	12
	Linear Algebra: general vector spaces (subspaces, inner and cross product, Euclidean vector spaces); systems of linear equations (Gauß elimination, inverse matrices, block matrices, determinants); linear mappings (basis transformation, orthogonal matrices); orthogonal projection in \mathbb{R}^n , Gram-Schmidt-Orthonormalization; eigenvalues (diagonalizing matrices, normal matrices, symmetric and Hermitian matrices, Jordan normal form); matrix factorizations (LU, QR, Schur, SVD)	8
	Differential equations	4
	Total	24
Mechanics	Statics	6
	Strength/mechanics of materials	6
	Kinematics, dynamics, analytical mechanics, multibody systems, oscillations	12
	Total	24
Fundamentals of Mechanical Engineering	Thermodynamics (1st and 2nd Law, equations of state, vapors)	6
	Materials science (material properties, material testing)	6
	Manufacturing processes (casting, imaging, coating, moulding, forming, machining, joining)	6
	Measurement technology (metrology, instrumentation)	6
	Control engineering (control theory, control systems)	6
	Computer science (automata theory, data structures, programming languages)	6
	Mechanical engineering design (design process and methods; theory, application and dimensioning of basic and advanced machine elements)	12
	Electrical engineering (direct & alternating current, electronics)	6
Total	54	
Foundations of Management	Business administration, management, economics	6
	Total	6

Anhang 2.2.10 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Mechatronics

Specific Requirements for the International Master Program “Mechatronics“

Field	Requirements	Required CP
Mathematics	Foundations of differential and integral calculus of one and several variables: convergence of sequences and series; continuous and differentiable functions; power series and elementary functions; integration theory in one variable (proper + improper integrals, fundamental theorem, integration rules, parameter dependent integrals); integrals over general regions; periodic functions and Fourier series; implicit functions; minimization under equality constraints	12
	Linear Algebra: general vector spaces (subspaces, inner and cross product, Euclidean vector spaces); systems of linear equations (Gauß elimination, inverse matrices, block matrices, determinants); linear mappings (basis transformation, orthogonal matrices); orthogonal projection in \mathbb{R}^n , Gram-Schmidt-Orthonormalization; eigenvalues (diagonalizing matrices, normal matrices, symmetric and Hermitian matrices, Jordan normal form); matrix factorizations (LU, QR, Schur, SVD)	8
	Differential and partial differential equations	7
	Complex Analysis: Complex differentiation; Cauchy’s integral formula; Laurent series, singularities and residuals	3
	Total	30
Mechanics	Statics	6
	Strength/mechanics of materials	3
	Kinematics, dynamics, impact problems, analytical mechanics, multibody systems, oscillations	12
	Total	21

Field	Requirements	Required CP
Control Theory	Control engineering (Control theory and control systems)	6
	Total	6
Fundamentals of Mechatronics Engineering	Fundamentals of mechatronic systems	3
	Mechatronic system modelling and simulation	3
	Total	6
Fundamentals of Mechanical Engineering	Materials science (material properties, material testing)	6
	Manufacturing processes (casting, imaging, coating, moulding, forming, machining, joining)	6
	Measurement technology (metrology, instrumentation)	6
	Thermodynamics (1st and 2nd Law, equations of state, vapors, clockwise and counter clockwise cycles, gas-steam mixtures)	6
	Computer science (automata theory, data structures, programming languages)	6
	Mechanical engineering design (design process and methods; theory, application and dimensioning of basic and advanced machine elements)	12
	Electrical engineering (direct & alternating current, electronics)	6
Total	48	

Anhang 2.2.11 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Microelectronics and Microsystems

Specific Requirements for the International Master Program “Microelectronics and Microsystems“

Field	Requirements	Required CP
Mathematics	Analysis (e.g. Taylor series, Fourier analysis, Stokes´ theorem)	8
	Linear algebra (e.g. Gaussian elimination, eigenvalues, eigenvectors)	8
	Differential and partial differential equations	8
	Complex Functions	6
Total	30	
Computer Science	Procedural Programming	6
	Computer engineering	6
	Object oriented programming, algorithms and data structures	6
Total	18	
Control Theory	Control theory (time and frequency domain, first and second order systems, frequency response, root locus, Nyquist stability, PID controller)	6
	Total	6
Physics	Physics for Engineers	6
	Total	6
Fundamentals of Electrical Engineering	Electrical engineering (e.g. direct & alternating current, electronics)	12
	Materials in electrical engineering	3
	Measurements: Methods and data processing	3
	Circuit theory	6
	Transmission lines	6
	Signals and systems	6
	Theoretical electrical engineering	12
	Semiconductor circuit design and electronic devices	6
Total	54	

Anhang 2.2.12 Technology Management (Master of Arts)

Der Zugang zum Studium setzt den erfolgreichen Abschluss eines grundständigen Studiengangs mit ingenieur-, natur- oder wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung (einschließlich Wirtschaftsingenieurwesen, Wirtschaftsinformatik sowie vergleichbare Studiengänge) voraus.

Anhang 2.2.13 Fachspezifische Anforderungen für das Master-Studium in dem Studiengang Technology Management (Master of Business Administration)

Fachspezifische Anforderungen für den Studiengang „Technology Management“ (Master of Business Administration) in Kooperation mit der Northern Institute of Technology Management gGmbH (kurz: NIT)“:

Der Zugang zum Studium setzt den erfolgreichen Abschluss eines grundständigen Studiengangs mit ingenieur-, natur- oder wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtung (einschließlich Wirtschaftsingenieurwesen, Wirtschaftsinformatik sowie vergleichbare Studiengänge) voraus. Darüber hinaus ist Voraussetzung für den Zugang zum Studium der Nachweis einschlägiger Berufserfahrung von mindestens einem Jahr.

Anhang 3

Richtlinien für Härtefallanträge und Hinweise auf erforderliche Belege im Rahmen des Zulassungsverfahrens an der TUHH“ zur Satzung über das Studium an der TUHH vom 27. Februar 2013, zuletzt geändert am 31. Juli 2024 und 25. September 2024

Die Möglichkeit, einen Härtefallantrag zu stellen, haben nur Bewerberinnen und Bewerber, die sich in einer besonderen Ausnahmesituation befinden. Viele setzen in den Antrag zu große Hoffnungen. Nicht jede Beeinträchtigung, mag sie auch als hart empfunden werden, rechtfertigt eine Zulassung als Härtefall. Voraussetzung ist, dass besondere gesundheitliche, soziale oder familiäre Gründe in der Person vorliegen, die eine sofortige Zulassung zum gewünschten Studium zwingend erfordern, weil die Ablehnung des

Zulassungsantrages unzumutbar wäre. Bei der Entscheidung sind alle Umstände des Einzelfalles in ihrer Gesamtheit zu würdigen. Hierbei muss ein strenger Maßstab angelegt werden.

Bedenken Sie jedoch, dass nur eine eingeschränkte Anzahl an Studienplätzen nach Härtegesichtspunkten vergeben werden dürfen und dass die Voraussetzung zur Zulassung als Härtefall eine ausführliche und glaubhafte Belegung der genannten Gründe ist. Die Rangfolge wird durch den Grad der Härte bestimmt. Härtegründe nach Nummer 1 werden mit vier Punkten, nach Nummer 2 mit drei Punkten, nach Nummer 3 mit zwei Punkten sowie nach Nummer 4 mit einem Punkt gewichtet.

Aus den nachfolgend beispielhaft genannten Gründen kann ein Härtefall gestellt werden.

1	Gesundheitliche Gründe	Beispiele für Belege, die zum Nachweis geeignet sind
1.1	Bewerber/in leidet an einer Krankheit mit der Tendenz zur Verschlimmerung, die ihn/ sie mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Zukunft außerstande setzen wird, die Belastung des Studiums im gewünschten Studiengang durchzustehen.	Fachärztliches Gutachten
1.2	Bewerber/in ist durch Krankheit behindert; die berufliche Rehabilitation kann nur durch sofortige Zulassung zum Studium sichergestellt werden, weil auf Grund der Behinderung eine sinnvolle Überbrückung der Wartezeit nicht möglich oder in unzumutbarer Weise erschwert ist.	Fachärztliches Gutachten; Nachweis, inwiefern eine sinnvolle Wartezeitüberbrückung unmöglich oder unzumutbar ist
1.3	Bewerber/in ist auf Grund körperlicher Behinderung auf ein enges Berufsfeld beschränkt; das angestrebte Studium lässt eine erfolgreiche Rehabilitation erwarten.	Fachärztliches Gutachten; Stellungnahme einer Rehabilitationseinrichtung
1.4	Bewerber/in muss aus gesundheitlichen Gründen sein bisheriges Studium oder den bisherigen Beruf aufgeben; eine sinnvolle Überbrückung der Wartezeit ist nicht möglich.	Fachärztliches Gutachten; Nachweis, inwiefern eine sinnvolle Wartezeitüberbrückung unmöglich oder unzumutbar ist
1.5	Bewerber/in ist körperbehindert; er/sie ist auf Grund der Behinderung entweder zu jeder anderen zumutbaren Tätigkeit bis zur Zuweisung eines Studienplatzes außerstande oder gegenüber den nicht behinderten Bewerbern in unzumutbarer Weise benachteiligt.	Fachärztliches Gutachten; Nachweis, inwiefern eine sinnvolle Wartezeitüberbrückung unmöglich oder unzumutbar ist
1.6	Bewerber/in ist infolge Krankheit in der Berufswahl oder Berufsausübung beschränkt und auf Grund dieses Umstandes entweder an einer sinnvollen Überbrückung der Wartezeit gehindert oder gegenüber gesunden Bewerbern in unzumutbarer Weise benachteiligt.	Fachärztliches Gutachten; Nachweis, inwiefern eine sinnvolle Wartezeitüberbrückung unmöglich oder unzumutbar ist
1.7	Bewerber/in besitzt die nachgewiesene Eigenschaft als Schwerbehinderte/r im Sinne des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX).	Schwerbehindertenausweis (Erwerbsminderung mind. 50%)
1.8	Bewerber/in ist aus sonstigen schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen zwingend an den Studienort Hamburg gebunden.	Fachärztliches Gutachten; sonstige zum Nachweis geeignete Unterlagen
2	Familiäre Gründe Bei den folgenden familiären Gründen wird grundsätzlich vorausgesetzt, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die Hauptwohnung in Hamburg oder einem der angrenzenden Landkreise hat und darüber hinaus die genannten Gründe zutreffen:	Beispiele für Belege, die zum Nachweis geeignet sind; generell: Meldebescheinigung (nicht älter als zwei Monate), zusätzlich:
2.1	Bewerberin bzw. Bewerber wohnt mit Ehegatten und/ oder eigenem Kind bzw. eigenen Kindern oder mit gleichgeschlechtlichem Lebenspartner/Lebenspartnerin im o. g. Bereich.	Heiratsurkunde, Geburtsurkunde/n Lebenspartnerschaftsurkunde
2.2	Bewerber/in versorgt pflegebedürftige Verwandte in aufsteigender Linie oder Geschwister; andere Personen zur Pflege sind nicht vorhanden.	Ausführliches ärztliches Gutachten, amtliche Bescheinigung über die Pflegebedürftigkeit

2.3	Bewerber/in sorgt für seine unversorgten minderjährigen Geschwister, mit denen er/sie in häuslicher Gemeinschaft lebt; andere Personen zur Betreuung sind nicht vorhanden.	Gesonderte Meldebescheinigung der Geschwister; Einkommensnachweise der Eltern; Erklärungen, wie die Versorgung neben dem Studium erfolgt und dass andere Personen zur Pflege nicht zur Verfügung stehen und auch nicht finanziert werden können
2.4	Alleinstehende/r Bewerber/in hat ein minderjähriges Kind; bei einer Zulassung an einem anderen Ort als Hamburg wäre die Wahrnehmung der elterlichen Aufgaben stark beeinträchtigt.	Bestätigung der Person oder Stelle, bei der das Kind untergebracht ist; Meldebescheinigung des Kindes
2.5	Bewerberin ist schwanger und ist aus familiären Gründen auf das Studium in Hamburg angewiesen.	Fachärztliches Gutachten; Darlegung der familiären Gründe
2.6	Sonstige gleichgewichtige familiäre Voraussetzungen; in besonders schwerwiegenden Fällen ist eine Anerkennung als Härtefall auch möglich, wenn die Hauptwohnung nicht in Hamburg oder einem angrenzenden Landkreis ist.	Zum Nachweis geeignete Unterlagen
3	Wirtschaftliche Gründe Bei den folgenden wirtschaftlichen Gründen wird grundsätzlich vorausgesetzt, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die Hauptwohnung in Hamburg oder einem der angrenzenden Landkreise hat und darüber hinaus die genannten Gründe zutreffen:	Beispiele für Belege, die zum Nachweis geeignet sind; generell: Meldebescheinigung (nicht älter als zwei Monate), zusätzlich:
3.1	Bewerber/in wird voraussichtlich den vollen BAföG-Satz beziehen.	Bescheinigung des Studierendenwerks
3.2	Die Eltern der Bewerberin bzw. des Bewerbers sind zur Vermeidung einer wirtschaftlichen Notlage auf die Mitarbeit im elterlichen Betrieb angewiesen.	Bescheinigung der Handwerks-, Handels- oder Landwirtschaftskammer
3.3	Mindestens ein Geschwisterteil befindet sich bereits im Studium bzw. in Ausbildung; die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bewerberin bzw. des Bewerbers erlauben daher nur eine Unterbringung bei den Eltern am Studienort Hamburg.	Studien- bzw. Ausbildungsbescheinigung des Geschwisters; Nachweise über die wirtschaftliche Gesamtsituation der Familie
3.4	Bewerber/in steht in einem ungekündigten Beschäftigungsverhältnis und bestreitet mit den Einkünften aus dieser Berufstätigkeit das Studium.	Beschäftigungsnachweis, Lohn- bzw. Gehaltsbescheinigung des Arbeitgebers; Nachweise über die wirtschaftliche Situation
3.5	Bewerber/in hat ein Stipendium erhalten, das nur für den Studienort Hamburg gilt.	Anerkannt werden nur Stipendien öffentlich-rechtlicher Einrichtungen und einiger privatrechtlicher Stiftungen
3.6	Sonstige gleichgewichtige wirtschaftliche Gründe, die die sofortige Zulassung erfordern.	Zum Nachweis geeignete Unterlagen
4	Soziale Gründe Bei den folgenden sozialen Gründen wird grundsätzlich vorausgesetzt, dass die Bewerberin bzw. der Bewerber die Hauptwohnung in Hamburg oder einem der angrenzenden Landkreise hat und darüber hinaus die genannten Gründe zutreffen	4.1 bis 4.2 generell: Meldebescheinigung (nicht älter als zwei Monate), zusätzlich:
4.1	Bewerber/in nimmt am Wohnort soziale Pflichten wahr, deren Erfüllung im besonderen öffentlichen Interesse liegt und deren Wahrnehmung beim Studium an einem anderen Ort nicht möglich wäre.	z. B. Vormund, Betreuer oder Pfleger im Sinne des BGB; Tätigkeit in Katastrophen- oder Zivilschutz; Ausübung eines Mandats in einer kommunalen Vertretungskörperschaft Jeweils Bescheinigung der zuständigen Stelle
4.2	Bewerber/in ist Spätaussiedler/in; die Aussiedlung erfolgte in den letzten fünf Jahren vor Bewerbungsschluss; ein Wechsel des Wohnortes würde die Eingliederung stark beeinträchtigen.	Amtliche Bescheinigung über den Zeitpunkt des Zuzugs; Begründung für die Beeinträchtigung der Eingliederung
Ohne Rücksicht auf den Wohnort der Bewerberin bzw. des Bewerbers liegt eine soziale Härte in folgenden Fällen vor:		
4.3	Bewerber/in ist Spätaussiedler/in und war bereits im Herkunftsland für den gewünschten Studiengang zugelassen.	Bescheinigung über das Studium im Heimatland
4.4	Bewerber/in hat bzw. hätte in einem früheren Semester eine Zulassung für den gewählten Studiengang erhalten, konnte sie aber aus nicht von ihm/ihr zu vertretenden zwingenden Gründen (insb. Krankheit) nicht in Anspruch nehmen.	Zulassungsbescheid bzw. Nachweis, dass eine Zulassung zu einem früheren Semester möglich gewesen wäre; Nachweise über die Gründe der Nicht-Annahme des Studienplatzes, z. B. fachärztliche Bescheinigung bei Krankheit.

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –
Nagelsweg 47, 20097 Hamburg
Telefon: 049 (0) 40/4 28 42 - 200
Telefax: 049 (0) 40/4 27 92 - 12 00
E-Mail: vergabestelle@bba.hamburg.de
Internet: <https://www.hamburg.de/behoerdenfinder/hamburg/11255485>
- b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A
Vergabenummer: **25 A 0048**
- c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen:
Zugelassene Angebotsabgabe:
Elektronisch, in Textform, mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel, mit qualifizierter/m Signatur/Siegel.
- d) Art des Auftrags:
Ausführung von Bauleistungen
- e) Ort der Ausführung:
Bundeswehrkrankenhaus HH, Lesserstr. 180
- f) Art und Umfang der Leistung:
Diese Ausschreibung umfasst Leistungen mit folgenden Inhalten:
60 m² Baugrubenverbau, Trägerbohlwand
205 m³ Abbrucharbeiten
225 m² Rückbau Asphaltfläche, Straßenaufbau abbauen
580 m³ Verfüllen mit Sand, inkl. Verdichten
15 m² Herstellen neue StB.-Wand
- g) Entfällt
- h) Aufteilung in Lose: nein
- i) Ausführungsfristen:
Beginn der Ausführung:
7. April 2025
Fertigstellung oder Dauer der Leistungen:
5. September 2025
- j) Nebenangebote sind zugelassen.
- k) Mehrere Hauptangebote sind zugelassen.
- l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen:
Vergabeunterlagen werden elektronisch zur Verfügung gestellt unter: <https://bi-medien.de/ausschreibungs-dienste/ausschreibungen/D457015936>
Nachforderung: Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden nachgefordert.
- o) Ablauf der Angebotsfrist am 4. März 2025 um 9.00 Uhr, Ablauf der Bindefrist am 1. April 2025.
- p) Adresse für elektronische Angebote:
<https://www.bi-medien.de/>
Anschrift für schriftliche Angebote: keine schriftlichen Angebote zugelassen.
- q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: deutsch
- r) Zuschlagskriterien:
Nachfolgende Zuschlagskriterien, ggfs. einschließlich Gewichtung: Preis 100 %
- s) Eröffnungstermin:
4. März 2025 um 9.00 Uhr
Ort: Vergabestelle, siehe a)
Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen:
Es sind keine Bieter und ihre Bevollmächtigten zum elektronischen Öffnungsverfahren zugelassen.
- t) Geforderte Sicherheiten: siehe Vergabeunterlagen.
- u) Entfällt
- v) Rechtsform der/Anforderung an Bietergemeinschaften:
Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.
- w) Beurteilung der Eignung:
Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.
Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.
Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Das Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ ist erhältlich und wird mit den Vergabeunterlagen übermittelt.
Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Absatz 3 VOB/A zu machen: keine
- x) Nachprüfung behaupteter Verstöße:
Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)
Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen,
Nagelsweg 47, 20097 Hamburg,
Telefon: 049 (0) 40/4 28 42 - 295
Sonstige Angaben: Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt ausschließlich über die Vergabeplattform bi-medien.

Hamburg, den 7. Februar 2025

Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
– Bundesbauabteilung –

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **SBH VOB OV 076-25 CR**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Billwerder Straße 31, Neugründung eines 3,5 zügigen
Gymnasium
in 21033 Hamburg
Bauauftrag: Dachabdichtung HKH – Billwerder Straße 31
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 295.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn ca. September 2025;
Fertigstellung ca. Januar 2026
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
4. März 2025, 10.00 Uhr
Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische
Angebotsabgabe zugelassen.
Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de
Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröf-
fentlichungsplattform unter:
[https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/](https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/).
Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen
für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kos-
tenfrei hinterlegt.
Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektroni-
sche Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie
Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.
Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie
die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht
direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unter-
stützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder
E-Mail.
Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“
während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Home-
page von SBH | Schulbau Hamburg unter:
<https://schulbau.hamburg>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteilig-
ten Bieterinnen nach Öffnung der Angebote über den Bieteras-
sistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden
die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte
„Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

Die Finanzbehörde

171

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **SBH VOB OV 063-25 WH**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Isestraße 144-146, Sanierung und Umbau 1.BA,
Grundschule Isestraße in 20149 Hamburg
Bauauftrag: Sanitär – Isestraße 144-146

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 194.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung;
Fertigstellung ca. Juli 2025

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
5. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische
Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröf-
fentlichungsplattform unter:
[https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/](https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/).

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen
für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kos-
tenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektroni-
sche Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie
Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie
die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht
direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unter-
stützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder
E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“
während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Home-
page von SBH | Schulbau Hamburg unter:
<https://schulbau.hamburg>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteilig-
ten Bieterinnen nach Öffnung der Angebote über den Bieteras-
sistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden
die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte
„Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

Die Finanzbehörde

172

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **SBH VOB OV 073-25 WH**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Billwerder Straße 31,
Neugründung eines 3,5 zügigen Gymnasium
in 21033 Hamburg

Bauauftrag: Gerüstbau – Billwerder Straße 31

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 393.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn ca. Mai 2025;
Fertigstellung ca. August 2026

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
4. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische
Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von SBH | Schulbau Hamburg unter:
<https://schulbau.hamburg>

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bieterern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

Die Finanzbehörde

173

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB OV 077-25 AS**

Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Billwerder Straße 31,
Neugründung eines 3,5 zügigen Gymnasium
in 21033 Hamburg

Bauftrag: Dachabdichtung Sporthalle
– Billwerder Straße 31

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 370.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn ca. September 2025;
Fertigstellung ca. Januar 2026

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
4. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von SBH | Schulbau Hamburg unter:
<https://schulbau.hamburg>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bieterern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

Die Finanzbehörde

174

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB OV 081-25 SW**

Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Billwerder Straße 31, Neugründung eines 3,5 zügigen
Gymnasium
in 21033 Hamburg

Bauftrag: Dachabdichtung Individualbau
– Billwerder Straße 31

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 475.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:

Beginn ca. Dezember 2025;
Fertigstellung ca. Juni 2026

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
5. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://schulbau.hamburg>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bieter*innen nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

Die Finanzbehörde

175

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber: SBH | Schulbau Hamburg
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg

Vergabenummer: **SBH VOB OV 091-25 CR**

Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Eilbektal 35, Umbau, Sanierung und Zubau zu einem
3-zügigen Gymnasium in 22089 Hamburg

Bauftrag: Starkstrom – Eilbektal 35

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 919.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung;
Fertigstellung ca. Juni 2026

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:
4. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische
Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://schulbau.hamburg>.

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bieter*innen nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 2. Februar 2025

Die Finanzbehörde

176

Verhandlungsverfahren

Vergabenummer: **SBH VgV VV 003-25 AO**

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Errichtung eines Hamburger Klassenhauses im Zuge der Umstrukturierung am Bildungshaus Eimsbüttel, Bindfeldweg 37 in Hamburg

– Objektplanung gem. §§ 33 HOAI

Leistung:

SBH | Schulbau Hamburg hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die ca. 350 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde SBH mit dem Abriss und der Umstrukturierung des Standorts Bindfeldweg 37 beauftragt.

Die hier zu vergebende Leistung der Objektplanung bezieht sich auf den Maßnahmenanteil zur Realisierung eines Hamburger Klassenhauses im Zuge der Umstrukturierung am Bildungshaus.

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 85.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

Vertragslaufzeit ca. 18 Monate.

Schlussstermin für die Einreichung der Teilnehmeanträge:
4. März 2025 um 14:00 Uhr

Kontaktstelle:
SBH | Schulbau Hamburg
Einkauf/Vergabe
vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die „Fragen & Antworten“ finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <https://hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>.

Hinter dem „LINK Bieterportal“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Registrierung im Bieterportal reichen Sie Ihre Bewerbung bitte rein elektronisch ein. **TEILNAHMEANTRÄGE UND ANGEBOTE KÖNNEN AUSSCHLISSLICH ELEKTRONISCH ABGEGEBEN WERDEN.**

Ein Versand der „Fragen & Antworten“ per E-Mail erfolgt automatisch aus der elektronischen Vergabe, sofern Sie als Bewerber im Bieterportal registriert sind und als solcher angemeldet auf die Ausschreibung zugegriffen haben.

Die Bekanntmachung sowie die „Fragen & Antworten“ während des öffentlichen Teilnahmewettbewerbs finden Sie zudem auf der Homepage des Landesbetriebes SBH | Schulbau Hamburg unter: <https://schulbau.hamburg/ausschreibungen/>.

Hamburg, den 3. Februar 2025

Die Finanzbehörde

177

Verhandlungsverfahren

Vergabenummer: **SBH VgV VV 009-25 AO**

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Zubau eines Ganztagsgebäudes sowie einer Zweifeldhalle am Standort Heidacker 10 in Hamburg

– Objektplanung gem. §§ 33 HOAI

Leistung:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26(1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche aller allgemeinbildenden und beruflichen staatlichen Schulen beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde SBH mit den Zubaumaßnahmen an einer Grundschule am Standort Heidacker 10 in 22523 Hamburg beauftragt. Das ca. 20.861 m² große Schulgelände am Heidacker 10 ist geprägt von Solitärbauten, die auf einem großzügigen Schulcampus mit umfangreichem Baumbestand angeordnet sind. Der Gebäudebestand wurde überwiegend in den 60er und 70er Jahren errichtet. Bei dem geplanten dreistöckigen Zubau handelt es sich um den Neubau eines Schulhauses (SH), mit welchem 10 zusätzliche Unterrichtsräume im 1.OG und 2.OG, Gemeinschaftsflächen und eine Mensa mit einer Vitalküche (VK) für 300-600 Versorgungsteilnehmer (VT) im EG geschaffen werden sollen. Avisiert ist zudem der EG 40- und DGNB Gold-Standard. Weitergehend ist, unter Einhaltung des EG 40-Standards, der Zubau einer Zweifeldhalle (ZFH) vorgesehen. Der Zubau des SH als auch der Zubau der ZFH ist in systemischer Bauweise ab der LPH 5 durch einen Generalunternehmer/ Generalübernehmer zu realisieren. Die organisatorischen Abhängigkeiten müssen mit dem Schulbetrieb in Einklang gebracht werden. Maßgeblich ist hierbei die Planung einer geeigneten Baustelleneinrichtung und Verkehrsführung auf dem gesamten Schulgelände. Die mit der Erstellung der Machbarkeitsstudien beauftragten Architekturbüros DNA Architekten und Neuhaus Sasse Ingendoh Architekten sind von dem vorliegenden Verfahren nicht ausgeschlossen.

Weiteres entnehmen Sie bitte der Ziffer 5.1.6. der Bekanntmachung

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 390.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

Vertragslaufzeit ca. 34 Monate.

Schlusstermin für die Einreichung der Teilnahmeanträge:

5. März 2025 um 14.00 Uhr

Kontaktstelle:

SBH | Schulbau Hamburg

Einkauf/Vergabe

vergabestellesbh@sbh.hamburg.de

Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen und die „Fragen & Antworten“ finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

<https://hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/>.

Hinter dem „LINK Bieterportal“ sind im Bieterportal die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Dort gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Registrierung im Bieterportal reichen Sie Ihre Bewerbung bitte rein elektronisch ein.

TEILNAHMEANTRÄGE UND ANGEBOTE KÖNNEN AUSSCHLIESSLICH ELEKTRONISCH ABGEGEBEN WERDEN.

Hamburg, den 4. Februar 2025

Die Finanzbehörde

178

Offenes Verfahren**Verfahren:**

FB 2024001745 - Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

Auftraggeber:

Finanzbehörde Hamburg

- 1) Bezeichnung und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind:

Finanzbehörde Hamburg

Gänsemarkt 36

20354 Hamburg

Deutschland

+49 40428231386

+49 40427310686

ausschreibungen@fb.hamburg.de

- 2) Verfahrensart (§§ 8 ff. UVgO)
Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- 3) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind (§ 38 UVgO):

Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen

Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.

- 4) Entfällt
- 5) Art der Leistung, Umfang der Leistung, sowie Ort der Leistungserbringung:

Durchführung von Lebenslagenberatungsleistungen nach § 16 a Nr. 3 SGB II

Die FHH – Finanzbehörde – als Auftraggeber (AG) beabsichtigt die Beauftragung von Dritten mit der Durchführung von psychosozialer Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II, im Nachfolgenden Lebenslagenberatung genannt.

Bei den Angeboten der Lebenslagenberatung handelt es sich um kommunale Eingliederungsleistungen gemäß § 16 a Nr. 3 des SGB II.

Die kommunalen Eingliederungsleistungen – zu denen neben der Psychosozialen Betreuung auch die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung und die Suchtberatung zählen – haben zum Ziel, zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit beizutragen. Die Psychosoziale Beratung und Betreuung soll verhindern, dass die Eingliederung von SGB II-Leistungsempfänger:innen an Schwierigkeiten scheitert, die in der allgemeinen Lebensführung ihren Grund haben. Sie bereitet insoweit die Aufnahme einer Beschäftigung oder weiterführender arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen vor.

Die Lebenslagenberatung zielt auf die Bearbeitung, die Unterstützung, die Bewältigung und den Abbau von psychosozialen Problemlagen, die die Vermittlung in Arbeit behindern und die nicht auf einem diagnostizierten Krankheitsbild beruhen. Die Grenzen der Psychosozialen Betreuung zum psychiatrischen und medi-

zinischen Bereich auf der einen Seite und zur sozialpädagogischen und sozialen Arbeit auf der anderen Seite sind fließend.

Daneben umfasst die Lebenslagenberatung alle koordinierten Maßnahmen im Rahmen einer professionellen Beratung der einzelnen Person, die zur psychischen und sozialen Stabilisierung dienen. Die Bewältigung der komplexen Problemlage, der Abbau oder die Verringerung von Vermittlungshemmnissen sind wichtige Voraussetzungen, um das mit der Beratung verknüpfte Ziel einer Wiederherstellung der Vermittlungsfähigkeit direkt in den Arbeitsmarkt oder zumindest einer Befähigung zur Teilnahme an weiterführenden Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung zu erreichen.

Bei den ausgeschriebenen Leistungen handelt es sich um eine Vergabe von Aufträgen für soziale und besondere Dienstleistungen gem. § 130 Abs. 1 GWB in V. m. § 64 ff. VGV.

Ort der Leistungserbringung: 20354 Hamburg

- 6) Anzahl, Größe und Art der Lose bei Losaufteilung (§ 22 UVgO):
Losweise Ausschreibung: Ja
Angebote können abgegeben werden für: Bieter kann für alle Lose anbieten (aber auch für weniger)
- Los-Nr. 1 Losname: Lebenslageberatung – Großes Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das große Los beträgt 420.168,07 Euro ohne Umsatzsteuer
- Los-Nr. 2 Losname: Lebenslageberatung – Mittleres Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.
- Los-Nr. 3 Losname: Lebenslageberatung – Mittleres Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.
- Los-Nr. 4 Losname: Lebenslageberatung – Mittleres Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das mittlere Los beträgt 210.084,03 Euro ohne Umsatzsteuer.
- Los-Nr. 5 Losname: Lebenslageberatung – Kleines Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.
- Los-Nr. 6 Losname: Lebenslageberatung – Kleines Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.
- Los-Nr. 7 Losname: Lebenslageberatung – Kleines Los
Beschreibung: Das jährliche Kontingent für das kleine Los beträgt 126.050,42 Euro ohne Umsatzsteuer.

- 7) Zulassung von Nebenangeboten (§ 25 UVgO):
Nebenangebote sind nicht zugelassen
- 8) Ausführungsfrist(en):
Von: 1. Januar 2026 Bis: 31. Dezember 2028
Der Vertrag kann sich 2-mal um 2 weitere Jahre verlängern, max. bis zum 31. Dezember 2032, sofern nicht eine der Parteien 9 Monate vor Ablauf kündigt.
- 9) Vergabeunterlagen (§§ 29, 21 UVgO):
Die Vergabeunterlagen sind über die Veröffentlichungsplattform der Freien und Hansestadt Hamburg <https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/4dd75790-b417-4973-867b-8caac3770b63> elektronisch abrufbar.

- 10) Ende der Teilnahme- oder Angebotsfrist und Ende der Bindefrist:
Teilnahme- oder Angebotsfrist:
24. Februar 2025, 10.00 Uhr
Bindefrist: 31. Dezember 2025
- 11) Sicherheitsleistungen (§ 21 Abs. 5 UVgO):
nein
- 12) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder die Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:
Siehe Leistungsbeschreibung
- 13) Unterlagen zur Beurteilung der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen:
Der Vordruck „Eignung“ in den Vergabeunterlagen enthält bestimmte Eigenerklärungen als vorläufige Eignungsnachweise, die von den Bietern auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen sind.
Siehe EU-Bekanntmachung
- 14) Zuschlagskriterien, sofern nicht in den Vergabeunterlagen genannt (§ 43 UVgO):
Wirtschaftlichstes Angebot:
Freie Verhältniswahl Preis/Leistung
Preis-/Leistungsverhältnis (%): 35 / 65
- 15) Bevorzugung von Werkstätten für behinderte Menschen und Inklusionsbetrieben:
Der Zuschlag wird auf ein Angebot eines bevorzugten Bieters (Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten) erteilt, wenn es mindestens so wirtschaftlich ist, wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines anderen Bieters.
Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Angebote wird der von dem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10% berücksichtigt. Zur Errechnung dieses Abschlags muss bei einer Bietergemeinschaft angegeben werden, welcher Anteil am Gesamtangebot auf den bevorzugten Bieter entfällt. Die Eigenschaft als bevorzugter Bieter ist durch Vorlage der staatlichen Anerkennung nachzuweisen. Inklusionsbetriebe können eine Eigenerklärung abgeben, in der das Vorliegen der Voraussetzungen des § 215 SGB IX dargelegt wird.

Hamburg, den 11. Februar 2025

Die Finanzbehörde

179

Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb

- a) Bezirksamt Hamburg-Mitte
Caffamacherreihe 1-3
20355 Hamburg
Deutschland
vergabestelle@hamburg-mitte.hamburg.de
- b) Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb [VOB]
- c) Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
- d) Bauleistung
- e) 22041 Hamburg
- f) Maßnahme: Am Neumarkt – Sportplatzbau
Leistung: Am Neumarkt – Sportplatzbau
Vergabe-Nr.: **BAM VOB 14 Böt 2025**
Am Neumarkt – Sportplatzbau
Bau Kunststoffrasenspielfeld und Rundlaufmöglichkeit

- g) Siehe Vergabeunterlagen
- h) Losweise Ausschreibung: Nein
- i) Beginn: Mitte Mai/ ca. 20. KW 2025
(Großspielfeld/ Rundlaufbahn)
- j) Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- k) Mehrere Hauptangebote sind zulässig
- l) Die Auftragsunterlagen stehen gebührenfrei zur Verfügung unter:
<https://fbhh-evergabe.web.hamburg.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/d00a8923-c8bc-4542-b86a-6baca0fe8e43>
 Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Ausschreibungsplattform bekannt gemacht; ein Versand per E-Mail ist nicht möglich.
- m) Siehe Vergabeunterlagen
- n) Teilnahme- oder Angebotsfrist:
21. Februar 2025 11.00 Uhr
 Bindefrist: 5. März 2025 00.00 Uhr
 Der Teilnahmeantrag ist nach Maßgabe der lit. c) im verschlossenen Umschlag (bzw. elektronisch) mit korrekter Auftragsbezeichnung des Auftraggebers einzureichen.
 Der Teilnahmeantrag muss etwaige durch Nachunternehmer auszuführende Leistungen angeben. Auf gesondertes Verlangen sind dazu Nachweise und Angaben zum von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen.
- o) Entfällt
- p) Elektronische Angebote sind einzureichen unter:
„<http://www.bieterportal.hamburg.de>“
- q) Deutsch
- r) Niedrigster Preis
- s) Siehe Vergabeunterlagen
- t) Siehe Vergabeunterlagen
- u) Siehe Vergabeunterlagen
- v) Die Rechtsform der Bietergemeinschaft nach der Auftragserteilung muss eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter sein.
- w) **Präqualifizierte Unternehmen** führen den Eignungsnachweis durch ihren Eintrag in die Liste des „Ver eins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V.“ (sog. Präqualifikationsverzeichnis).
 Beim Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesonder tes Verlangen deren Präqualifikation nachzuweisen.
Nicht Präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Eignungsnachweis bestimmte Eigenerklärungen auf dem gesonderten Formblatt Eignung (Anlage 6-030) der Vergabeunterlagen abzugeben. Von den Bie tern der engeren Wahl sind die Eigenerklärungen auf Verlangen durch (ggf. deutschsprachig übersetzte) Bescheinigungen zu bestätigen.
Darüber hinaus sind zum Nachweis der Eignung wei tere Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A im Wege eines Einzelnachweises zu machen. Die Angaben zu einzel nen Eignungsnachweisen sind dem Formblatt Eignung (Anlage 6-030) den Vergabeunterlagen zu entnehmen.
 Siehe Vergabeunterlagen
- x) Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen
 Bezirksamt Hamburg-Mitte
 Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
 Caffamacherreihe 1-3
 20355 Hamburg
 Tel.: +49 40428543430
 Fax: +49 40427901539
<https://www.hamburg.de/mitte>
 Hamburg, den 11. Februar 2025
Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Sonstige Mitteilungen

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **GMH VOB OV 030-25 SW**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Stübenhofer Weg 20a, Sanierung Geb. 02
in 21109 Hamburg
Baufauftrag: Metallbau – Stübenhofer Weg 20a
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 108.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung;
Fertigstellung ca. Mai 2025
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
4. März 2025, 10.00 Uhr
Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische
Angebotsabgabe zugelassen.
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Einkauf@gmh.hamburg.de
Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröf-
fentlichungsplattform unter:
[https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/](https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/).
Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen
für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kos-
tenfrei hinterlegt.
Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektroni-
sche Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie
Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.
Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie
die „Fragen und Antworten“ im laufenden Verfahren nicht
direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unter-
stützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.
Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder
E-Mail.
Die Bekanntmachung sowie die „Fragen und Antworten“
während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Home-
page von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter: <https://gmh-hamburg.de>
Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteilig-
ten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieteras-
sistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden
die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte
„Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 181

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **GMH VOB OV 033-25 AS**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Heidrand 5, Neubau Klassengebäude
+ Kita + Bewegungshalle in 21149 Hamburg
Baufauftrag: Metallbau – Heidrand 5
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 53.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung;
Fertigstellung ca. August 2025
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
5. März 2025, 10.00 Uhr
Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische
Angebotsabgabe zugelassen.
Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröf-
fentlichungsplattform unter:
[https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/](https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/aus-
schreibungen/).

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen
für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kos-
tenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektroni-
sche Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie
Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie
die „Auskunftserteilung“ im laufenden Verfahren nicht
direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unter-
stützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder
E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilung“ wäh-
rend des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage
von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter:
<https://gmh-hamburg.de>

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteilig-
ten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieteras-
sistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden
die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte
„Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 182

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **GMH VOB OV 040-25 CR**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Castellonstieg 1, Sanierung Hauptgebäude
in 20539 Hamburg
Baufauftrag: Betonwerkstein – Castellonstieg 1-3
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 203.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:

Beginn ca. April 2025;
Fertigstellung ca. August 2025
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
5. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:
<https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Auskunftserteilung“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilung“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter:
<https://gmh-hamburg.de>

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 31. Januar 2025

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 183

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **GMH VgV OV 004-25 DK**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Lieferungen und Leistungen VgV & UVgO
in 21109 Hamburg
Leistung: Küche – Stübenhofer Weg 20a
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 12.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung;
Fertigstellung ca. Juni 2025
Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
4. März 2025, 12.00 Uhr
Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Auskunftserteilung“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilung“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter:
<https://gmh-hamburg.de>

Hamburg, den 2. Februar 2025

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 184

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg
Vergabenummer: **GMH VgV OV 006-25 UR**
Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)
Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:
Lieferungen und Leistungen VgV & UVgO
in 20146 Hamburg
Leistung: Küche – Bundesstraße 57
Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 208.000,- Euro
Ausführungsfrist voraussichtlich:
voraussichtlicher Ausführungszeitraum:
Beginn ca. April 2025;
Fertigstellung ca. Juni 2025

Schlusstermin für die Einreichung der Angebote:
5. März 2025, 12.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:
GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
Einkauf/Vergabe
Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Auskunftserteilung“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

364

Dienstag, den 18. Februar 2025

Amtl. Anz. Nr. 14

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilung“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter: <https://gmh-hamburg.de>

Hamburg, den 2. Februar 2025

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 185

Offenes Verfahren (EU)

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH
unter dem Dach von Bildungsbau Hamburg

Vergabenummer: **GMH VOB OV 035-25 SW**

Verfahrensart: Offenes Verfahren (EU)

Bezeichnung des Öffentlichen Auftrags:

Heidrand 5, Neubau Klassengebäude
+ Kita + Bewegungshalle in 21149 Hamburg

Bauftrag: Elektro – Heidrand 5

Geschätzter Auftragswert ohne MwSt: 214.000,- Euro

Ausführungsfrist voraussichtlich:

voraussichtlicher Ausführungszeitraum:

Beginn schnellstmöglich nach Beauftragung;

Fertigstellung ca. August 2025

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

4. März 2025, 10.00 Uhr

Hinweis: Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter: <https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/ausschreibungen/>.

Hinter dem Wort „Bieterportal“ sind die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Über das Bieterportal gelangen Sie auch in die elektronische Vergabe. Nach Anmeldung im Bieterportal können Sie Ihr Angebot rein elektronisch abgeben.

Sofern Sie sich nicht im Bieterportal anmelden, erhalten Sie die „Auskunftserteilung“ im laufenden Verfahren nicht direkt per E-Mail und können Ihr Angebot nicht unterstützt durch den Bieterassistenten elektronisch einreichen.

Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Die Bekanntmachung sowie die „Auskunftserteilung“ während des Verfahrens finden Sie zudem auf der Homepage von GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH unter: <https://gmh-hamburg.de>

Das Eröffnungsprotokoll steht allen am Verfahren beteiligten Bietern nach Öffnung der Angebote über den Bieterassistenten zum eigenen Download zur Verfügung. Sie finden die Datei im Register „Meine Angebote“ in der Spalte „Dokumente“.

Hamburg, den 2. Februar 2025

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 186

Gläubigeraufruf

Der Verein **Akupunktur – Sozialsprechstunde Hamburg e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 21234) mit Sitz in Hamburg ist aufgelöst worden. Als Liquidatorin wurde Frau Dr. Bettina Regh-Melcher, Hammer Steindamm 115 in 20535 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, ihre Ansprüche unter der oben genannten Adresse beim Verein anzumelden.

Hamburg, den 10. Februar 2025

Die Liquidatorin

187